Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

24. Sitzung
16. Oktober 2023

Beginn: 14.14 Uhr
Schluss: 17.48 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – 0154
Drucksache 19/1100 WiEnBe
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25) Haupt(f)

Hier: Einzelplan 13 sowie Einzelplan 27 Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe

2. Lesung

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenWiEnBe – GremRef 4 – vom 04.10.2023 0154-01 WiEnBe
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Haushaltsberatung 2024/2025
Einzelplan 13 und Kapitel 2713

Vorsitzender Jörg Stroedter weist darauf hin, dass in der vorliegenden Synopse sämtliche vorab eingegangenen Änderungsanträge und beschlossenen Berichtsaufträge aufgeführt seien. Zudem lägen weitere Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD als Tischvorlage vor. Im Anschluss an die Generalaussprache erfolge die Beratung anhand der Synopse, ergänzt durch die Tischvorlage. Die Berichtsaufträge aus der ersten Lesung gölten nach Aufruf als erledigt und die entsprechenden Berichte der Sammelvorlage als zur Kenntnis genommen, sofern dazu im Einzelnen kein Beratungsbedarf geltend gemacht werde.

Generalaussprache

Tuba Bozkurt (GRÜNE) führt aus, Berlin habe sich vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, sein Leben als Metropole auf eigene Kosten zu bestreiten und seine Aufgaben aus der eigenen Wirtschaftskraft zu schöpfen. Es gehe darum, nicht auf Kosten der Substanz zu leben und die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen und anderer Regionen nicht zu gefährden. Dafür benötige man vernetztes Denken zwischen den Politikbereichen, einen starken regionalen Ansatz und einen vorausschauenden Blick. Die Mittel müssten dort eingesetzt werden, wo sie nachhaltig wirksam werden könnten. Es werde verkannt, wie wertvoll jeder Euro für migrantische Gründungen sei. Über 21 Prozent der Gründungen erfolgten durch Menschen mit migrantischem Hintergrund. Der Start-up-Monitor habe bekräftigt, wie schwer es diesen Menschen falle, sich durch die behördlichen Instanzen zu kämpfen, um starten zu können. Auch der Erwerb von Kapital sei für diese Gruppe besonders erschwert, nicht nur, weil Banken ungern Kredite vergäben, sondern auch, weil private Kapitalgeber dieser Gruppe weniger Kapital zur Verfügung stellten. Hier liege noch ein ungeahntes Potenzial. Viele Gründerinnen und Gründer empfänden dies als Signal, dass sie nicht gewollt seien. Es gehe um Mehrsprachigkeit, Erfahrungswissen und Zugang zu den Förderressourcen, die dieser Bevölkerungsgruppe so wie anderen zustehe. Sie appelliere, dass der Ansatz für Lotsinnen und Lotsen nicht zurückgenommen werde und Stipendien und Förderungen blieben. Für jedwede Gründung müssten die Wege vereinfacht und digitalisiert werden; Barrierefreiheit nutze allen.

KI sei in aller Munde. 2021 sei der Startschuss für das aus Gründungszentrum K.I.E.Z. mit Bundeshilfe erfolgt. Ausgründungen aus den Hochschulen würden massiv gefördert. Dies sei besser, als Parallelstrukturen zu etablieren. Deshalb stelle sich die Frage, weshalb ein KI-Hub gegründet werden solle, obwohl das K.I.E.Z. laut IHK diese Funktion bereits erfülle. Die Mittel im Einzelplan sollten besser dafür eingesetzt werden, die Verzahnung komplementär und in den Bereichen zu organisieren, die über den Rahmen des vorhandenen Gründungszentrums hinausgingen. Ihre Fraktion vermisse das genaue Bedienen bestehender Pfade. Die IBB analysiere seit spätestens letztem Jahr, dass es wichtiger sei, auf die Industrialisierung Berliner IT-Entwicklungen zu setzen, als neue Branchen anzusiedeln. Deshalb verwundere die

Schwerpunktsetzung beim House of Finance. Dieser Schritt wolle gut überlegt sein und erscheine eher wie ein Hauruckmanöver. SenWiEnBe könne kein transparentes Set-up präsentieren, wer beteiligt sei, auch aus der freien Wirtschaft, wer was an Werten mitbringe und wer welche Haftung übernehme. Die Zielsetzung sei ebenfalls unklar. Weshalb sollten nicht marktfähige Elemente gefördert werden? Risiken und Kosten blieben beim Land. Ob es damit gelinge, den Sprung Berlins zum Finanzplatz Nr. 1 zu absolvieren, stehe auf einem anderen Blatt. Ihre Fraktion wolle Berlin vor allem als IT- und Digitalhauptstadt profilieren.

Ökologische Nachhaltigkeit werde für SenWiEnBe zum haushälterischen Spielball, sollte aber eine Herzensangelegenheit sein. Das Spiel mit dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation, das ihre Fraktion im Grunde unterstütze, sei keine seriöse Performance gewesen. Es müsse klar sein, alle wünschenswerten Maßnahmen im normalen Haushalt zu etatisieren. Das Sondervermögen sollte zusätzliche Investitionen abdecken. Dennoch habe SenWiEnBe kenntlich gemacht, was zum Sondervermögen verschoben werden solle. Dies sei ein politischer Fehler. Es helfe auch nicht, dies jetzt aus dem Haushaltsplan zu tilgen. Wo finde sich das Resilienzprogramm, auf das sich SenWiEnBe in den Berichten immer wieder beziehe, im Haushaltsplan wieder? Ihre Fraktion erwarte dazu Aufklärung.

Christoph Wapler (GRÜNE) ergänzt, dass man es mit einem Risikohaushalt zu tun habe. Das Ausräumen der Rücklagen finde im Einzelplan 13 besonders exzessiv statt. 50 Haushaltsansätze sollten aus Energiekosten-, Pandemierücklage und Innovationsförderfonds gespeist werden; dieses Geld sei dann weg. Im Gesamthaushalt würden Schwerpunkte bei der Subventionierung des 29-Euro-Tickets, bei Olympia 2036 und bei der Expo gesetzt, nicht bei der Transformation der Berliner Wirtschaft und den Herausforderungen auf dem Weg zu Dekarbonisierung, Klima- und Energiewende. Auch von Innovation, sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeit sei im Etatentwurf nicht viel zu sehen. Man habe es mit einer verhärteten Langzeitarbeitslosigkeit und zugleich mit einem massiven Fach- und Arbeitskräftemangel zu tun. Der demografische Wandel werde diese Situation verschärfen. Dafür werde keine Vorsorge getroffen. Die pauschale Minderausgabe für 2024 betrage 2,5 Mrd. Euro und damit mehr als 5 Prozent des Haushaltsvolumens der Hauptverwaltung. Insofern sei mit weiteren Kürzungen zu rechnen, die SenWiEnBe ab 1. Januar 2024 SenFin melden müsse. Dieses Vorgehen habe mit Haushaltsklarheit und -wahrheit und den Rechten des Parlaments nicht viel zu tun.

Die Senatorin sonne sich in der guten Vorarbeit ihrer Amtsvorgänger/-innen und berufe sich auf die gute wirtschaftliche Entwicklung Berlins, von der man nicht wisse, wie lange sie anhalten werde. Krisenresilienz und Vorsorge seien nicht Thema in diesem Haushalt. Man müsse die Attraktivität von Innenstädten steigern, die KMU bei der Digitalisierung voranbringen, Förderprogramme auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausrichten, die Vergabe innovativ und fair gestalten; notwendig seien starke kommunale Unternehmen mit bezahlbaren Preisen, bezahlbare Flächen für Handwerksbetriebe und Gewerbehöfe. Davon sei im Haushalt nicht viel zu finden. Stattdessen gebe es viele Blumenstraußtermine, Konferenzen und dergleichen. Die Koalitionsfraktionen hätten zunächst versucht, andere Schwerpunkte zu setzen und Kreativfestivals und das House of Finance herausgestrichen, seien aber mit ihrer Tischvorlage eingeknickt. Er erwarte, dass die großen Linien deutlich würden, wohin die Koalition mit der Berliner Wirtschaft wolle und wie man die Wirtschaft so aufstellen könne, dass sie für kommende Krisen – von Demografie bis Klima – gerüstet sei. Dieser Herausforderung habe sich die Koalition bislang nicht gestellt.

Christian Gräff (CDU) hält entgegen, dass der ehem. Finanzsenator Wesener 50 Prozent im Einzelplan 13 habe kürzen wollen. Mit dem Etatentwurf der politischen Leitung der SenWiEnBe sei seine Fraktion unzufrieden gewesen. Insofern begrüße er das Vorgehen der Koalitionsfraktionen. Stärken sollten gestärkt und neue Dinge, die man dringend brauche, berücksichtigt werden. Deutschland befinde sich in einer dramatischen Situation. Berlin habe gute Voraussetzungen, diese Krise zu meistern. Die Koalition wolle die Messe Berlin stärken und habe 15 Mio. Euro Eigenkapital im nächsten Jahr eingestellt, damit etwas bei der Infrastruktur passieren könne. Einzelhandel und Tourismus profitierten von der Messe. Man müsse auch baulich in den Zentren und Kiezen etwas tun; im Stadtentwicklungsetat sei dafür ein Programm aufgelegt worden. Die Unterstützung des Louis-Lewandowski-Festivals sei ein besonderes Zeichen. Die Koalitionsfraktionen wollten Berlin Partner, „visit Berlin“ und den Tourismus, auch den ökologischen Tourismus, stärken. Bei der Industrie werde ein Schwerpunkt gesetzt. Im Gegensatz zu den Grünen wolle die Koalition die Kreativwirtschaft fördern, Talente in der Stadt halten und in die Stadt bekommen. Die FinTech-Industrie solle gestärkt werden; man wolle ein House of Finance sowie neue Dinge wie Games nach Berlin holen.

Bei der Elektromobilität und dem Solarausbau müsse man etwas aus dem bestehenden Haushalt heraus tun und könne nicht alles dem Sondervermögen überlassen. Daher würden signifikante Änderungsvorschläge unterbreitet. – Die Sauberkeit in der Stadt solle gestärkt werden. Bei der BSR komme es zu einem signifikanten Auswuchs. Ein neues Programm gegen Graffiti werde gestartet. – Menschen, die in der Stadt Unternehmen und Existenzen gründeten, wolle man willkommen heißen. Zugleich müsse man sicherstellen, dass die Stadt funktioniere. Dazu gehöre auch eine funktionierende BVG. Man werde sich genau anschauen, ob die BVG 2025 ausfinanziert werden könne, und die BVG nicht alleinlassen, ggf. werde es im Hauptausschuss zu Aufstockungen kommen. Mit den Änderungen schaffe man eine gute Ausgangslage für die Sicherung der Existenzen in der Stadt und die Gewinnung weiterer Unternehmen.

Damiano Valgolio (LINKE) schließt sich der Kritik des Herrn Abg. Gräff an der politischen Leitung der SenWiEnBe an. Im Übrigen schließe er sich dem Vorredner nicht an. Das House of Finance und das Kreativfestival seien nun offenbar wieder im Haushalt, viele andere Dinge herausgefallen oder wieder hereingekommen. Dass der Haushalt so chaotisch aufgestellt werde, sei für die Wirtschaft nicht gut. Der Grund für dieses Hin und Her sei offenbar, dass die Koalition noch keine Vorstellung habe, wie sie mit dem Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation umgehen wolle, das eine Idee der Linken gewesen sei, denn angesichts der Wirkung der Schuldenbremse, die verheerend sei, könne man wahrscheinlich nur mit solchen Instrumenten arbeiten, um das Klima zu retten und die Industrie zu stützen. Wenn man keinen Planeten mehr habe, bringe die Schuldenbremse auch nichts. Er besorge, dass die Koalition diese vielversprechende Idee an die Wand fahre.

Natürlich brauche man Start-ups und kreative neue Ideen, auch um die althergebrachten Arbeitsplätze zu schützen, es gehe aber nicht ohne die kleinen Unternehmen, die Industrieunternehmen und das Handwerk. Es sei falsch, wie die Koalition im Haushaltsentwurf mit den Gewerbehöfen und den Erfordernissen der kleinen Handwerksbetriebe umgehe. Die WISTA sollte mehr Geld erhalten, damit sie mehr Gewerbehöfe in Berlin ansiedeln könne, denn sonst werde man noch mehr kleine Handwerksbetriebe verlieren. Die neuen Ideen der Start-ups brächten nichts, wenn niemand mehr da sei, der die neuen Dinge auf die Straße bringe. Das Handwerk sei wichtiger, als Graffiti von Wänden zu entfernen. Die zusätzlichen Mittel für die Hausleitung der SenWiEnBe nach dem Regierungswechsel seien angesichts der drohenden

Wirtschaftskrise und der Sparzwänge nicht nachvollziehbar. Diese Mittel sollten für bessere Zwecke eingesetzt werden.

Sebastian Scheel (LINKE) fügt hinzu, man stehe vor gigantischen Aufgaben bei der Änderung der Energieerzeugung und des -verbrauchs. Durch das Sondervermögen werde ein großer Teil der Diskussion aus dem Fachausschuss in den Hauptausschuss verschoben, wenn es dort um dieses Gesetz gehe. Damit sei die Diskussion im Fachausschuss fast unmöglich. Er verweise auch auf das Haushaltsgrundsätzegesetz, die Nachvollziehbarkeit sowie Haushaltsklarheit und -wahrheit. Einige Punkte, die für das Sondervermögen vorgesehen gewesen seien, würden von den Koalitionsfraktionen wieder in den Haushalt aufgenommen. Im Hinblick auf das Kriterium der Zusätzlichkeit sei offenbar ein erhebliches haushälterisches Risiko vorhanden gewesen. Seine Fraktion unterstütze, dass dort Vorsorge getroffen werde, und könne die Verstärkung im Haushalt mittragen, dennoch habe man im Haushaltsplan nicht alle Sachverhalte, die in den nächsten Jahren finanziert werden müssten, in der nötigen Klarheit und Transparenz vor sich. Daher rate seine Fraktion dazu, die Klärungsprozesse zur Ausgestaltung der Kriterien der Bewirtschaftung des Sondervermögens so schnell wie möglich mit SenFin und den anderen Fachressorts abzuschließen, damit die Kriterien dem Haushaltsgesetzgeber noch vor der Haushaltsbeschlussfassung vorgelegt werden könnten.

Berlin sei ein sehr potenter und attraktiver Standort geworden und habe es auch geschafft, die Coronakrise so durchzustehen, dass man weiterhin auf die Wertschöpfung der Unternehmen bauen könne. Dies komme dem Haushalt zugute. Die Start-up-Wirtschaft brauche nicht nur Netzwerke, sondern auch gute Möglichkeiten bei der Anmietung von Gewerbe- und Wohnraum. Die Verteuerung von Standortbedingungen sei ein potenzielles Problem für die Zukunftsfähigkeit der Start-up-Szene. Er erwarte, dass SenWiEnBe von ihren Möglichkeiten Gebrauch mache, auf die Senkung von Mieten und die Zurverfügungstellung von Gewerberaum hinzuwirken, damit die Wertschöpfung weiterhin stattfinden könne.

Das Plündern der Rücklagen sei für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik ein ernstes Problem. Damit werde die Koalition die nächsten zwei Jahre überstehen, aber eine Wette auf die Zukunft abzuschließen, dass die Steuereinnahmen Berlins 2026/27 so anzögen, dass die notwendigen Investitionen weiter finanziert werden könnten, sei riskant und könne von seiner Fraktion nur kritisch begleitet werden, denn damit bleibe der Gestaltungsspielraum des Landes nur in den nächsten zwei Jahren erhalten. Es bleibe zu hoffen, dass sich die Wirtschaft in Berlin überproportional weiterentwickele und man damit eine stabile Haushaltslage bekomme.

Jörg Stroedter (SPD) betont, dass beim Einzelplan 13 hoher Handlungsbedarf bestanden habe, weil das Sondervermögen unnötig unter Druck geraten sei. Die Koalitionsfraktionen beantragten, sämtliche Erläuterungen, ein Nachfolgeprogramm werde durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert, zu streichen, weil dagegen erhebliche rechtliche Bedenken bestünden. Er verweise bspw. darauf, dass die bestehende Solarförderung 2024 und auch 2025 fortgeführt werde. Neue Programme müssten sich mit neuen Dingen befassen, z. B. mit der Förderung von Solaranlagen wie in Thüringen. Er erwarte vom Senat, dass der Ausschuss und die Fraktionen bei der Maßnahmenplanung für das Sondervermögen eng einbezogen würden. Es sei wichtig, dass diese Mittel einen Sprung für Berlin bewirkten und die rechtlichen Bedenken ausgeräumt würden.

Kurzfristig seien auf Wunsch der CDU weitere Änderungsanträge nachgeschoben worden; von seiner Fraktion stamme der Punkt zum Wassertourismus. 2024 und 2025 sollten jeweils 400 000 Euro für die Erstellung und Umsetzung eines Wassertourismuskonzepts verwendet werden.

Beim Thema Messe habe er nach wie vor Bedenken; es sei relativ viel eingestellt worden, man werde sehen, ob die Messe in der Lage sein werde, dies innerhalb der beiden Jahre umzusetzen. Allerdings sei die Messe als Standort sehr wichtig und müsse entsprechend wirtschaften können. Da das ICC seit vielen Jahren nicht zur Verfügung stehe, fehlten Räumlichkeiten für Großkongresse.

Für Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Clubszene würden 2024 und 2025 jeweils 500 000 Euro zur Verfügung gestellt, um die Clubs dauerhaft zu erhalten und die Stadtverdichtung nicht zu weiterem Clubsterben führen zu lassen.

Die saubere Stadt sei Priorität seiner Fraktion. Die Ansätze für Straßenreinigung betrügen 5,1 Mio. Euro 2024 und 4,5 Mio. Euro 2025. Die erfolgreichen BSR-Kieztage zur Sperrmüllentsorgung würden 2024 und 2025 mit jeweils 500 000 Euro finanziert. Zudem solle das erfolgreiche BSR-Parkreinigungsprogramm 2024 und 2025 mit jeweils 3,1 Mio. Euro ausgeweitet werden.

Das House of Finance sei auf Wunsch der CDU – bei Zurückhaltung der SPD – eingebracht worden. Es werde nur funktionieren, wenn die Privaten, große Bankplayer in der Stadt, auch etwas täten, denn es handele sich nicht um eine staatliche Aufgabe. Ansonsten müsse dieser Punkt wieder überprüft werden.

Die Kürzung der BVG-Fahrentgelte 2024 sei richtig. Die Kürzung 2025 halte seine Fraktion für schwierig und gehe nach einer Erklärung des Herrn Abg. Gräff davon aus, dass dies im Hauptausschuss ggf. noch nachgebessert werde.

Es solle ein funktionierendes Förderprogramm für mehr Ladeinfrastruktur auf privaten Flächen geben. Nachdem die Industrie nun komplett auf Elektroautos setze, werde man ein Problem mit dem Laden bekommen. Deshalb solle hier 2024 und 2025 mit jeweils 400 000 Euro nachgebessert werden. Es gehe auch um die Leistungen zur Errichtung von Infrastruktur für die Elektromobilität, die der Antrieb der Zukunft sei. Wenn man den CO_2-Ausstoß senken wolle, müsse Berlin den Ausbau beschleunigen. Das Förderprogramm werde mit 1,4 Mio. Euro 2024/25 und der Bereich Wirtschaftsförderung mit weiteren 2 Mio. Euro jeweils 2024 und 2025 verstärkt. Bei der Innovationsförderung gehe es um das Thema Wasserstoff; der Ansatz werde 2024 und 2025 mit jeweils 3 Mio. Euro verstärkt. Wasserstoff als Energiequelle müsse auch in Berlin in die Umsetzung kommen. Der Ansatz für das Reallabor Autonomes Fahren im Nordwestraum werde 2024 und 2025 um jeweils 1,25 Mio. Euro erhöht. Da das Projekt gut gelaufen sei, solle es ausgeweitet werden. – Abschließend erinnere er daran, dass der ehem. Wirtschaftssenator Wolf die GSG verkauft habe, was er [Redner] damals für einen Fehler gehalten habe. Vielleicht sehe Die Linke dies heute ebenso.

Frank-Christian Hansel (AfD) führt aus, als Wirtschafts- und Energieausschuss habe man hier auch die staatlichen Ausgaben zu reflektieren, die aus der – aus Sicht seiner Fraktion – falschen Energiewende folgten. Die Energiewende sei Ergebnis einer falschen Klimarettungs-

politik des Senats. Die Klimarettungspolitik samt Energiewende im Sinne ökosozialistischer Transformation werde nur zu einem sehr geringen Teil aus dem vorgelegten Kernhaushalt finanziert. Die dafür erforderlichen Ausgaben sollten vielmehr in dem schwarz-roten Sonderschuldensenatspakt in Höhe von 5 bis 10 Mrd. Euro versteckt werden, der beschönigend als Sondervermögen bezeichnet werde, obwohl es sich um Sonderschulden handele, die nichts mit transparenter und ehrlicher Politik zu tun hätten. Aus Sicht seiner Fraktion handele es sich um ein Täuschungsmanöver, das einen Teil des linken und linksextremen politischen Vorfeldes von SPD, Grünen und Linken ruhigstellen solle, das beschönigend Zivilgesellschaft genannt werde und als linkes klimaaktivistisches Spektrum dogmatisch auf das 1,5-Grad-Klimaziel eingeschworen sei. Aus machttechnischen Gründen wolle der Senat dieses Spektrum nicht als Gegner haben und ungestört regieren. Aus Sicht des Steuerzahlers und des Landesrechnungshofs sei dies nicht nachvollziehbar.

Es sei bekannt, wie die AfD zum Thema Klimaschutz stehe. Das Klima habe sich schon immer gewandelt und wandele sich auch heute. Es sei politischer Hochmut und Wahnsinn zu glauben, Berlin könne irgendetwas an der Veränderung des Makroklimas, des Wetters und der Klimazonen auf der Erde ändern. Die Anhörung zum BEK 2030 habe gezeigt, dass selbst große Summen wie 5 oder 10 Mrd. Euro keinen Einfluss auf das Weltklima haben würden, weil die monokausale Reduzierung aller Maßnahmen auf die CO_2-Reduzierung der Komplexität des Wettergeschehens auf der Welt nicht gerecht werde.

Die durch die falsche Klimarettungspolitik bedingte Energieverknappungs- und damit -verteuerungspolitik, die international als dümmste Energiepolitik der Welt bezeichnet werde, bringe die höchsten Strompreise der Welt, die Wirtschaft und Verbraucher belasteten. Das von der Senatorin allenthalben verkündete sagenhafte Berliner Wachstum sei im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Berlin eine Dienstleistungsmetropole sei, die weitgehend ohne die ansonsten in Deutschland noch existierende produktive und wertschöpfende Industrie auskommen müsse und die eine günstige Energieversorgungssicherheit benötige, die nicht existiere. Die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland seien verheerend; er nenne das Stichwort Deindustrialisierung aufgrund zu hoher Kosten. Diesem Umfeld könne sich auch Berlin nicht entziehen und so tun, als wäre man auf einer Insel der Glückseligen, die sich alle möglichen Sonderprogramme leisten könne.

Nach dem Auftürmen staatlicher Coronaschulden könne man sich ideologischen Luxus linker und identitätspolitischer Provenienz nicht mehr leisten. Es müsse alles weg, was Wirtschaft behindere und Unternehmertum abschrecke. Der Ungeist der Enteignungsdebatte stehe immer noch im Raum, den auch dieser Senat bisher nicht abgeräumt habe und der – neben der Baukosteninflation – zum Investitionsstopp in der Immobilienwirtschaft mit entsprechenden Konsequenzen für die Bauwirtschaft geführt habe. Daher müsse gestrichen werden, was in den rot-rot-grünen Jahren als Ballast aufgetürmt worden sei. Die Lotsenstelle für migrantische Gründer sowie der Wettbewerb „Vielfalt unternimmt“ sollten entfallen und die Wirtschaftsförderung künftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden. Entsprechende Fördermittel sollten stattdessen einem Chancenfonds zur Förderung von Gründungen zugeführt werden. Ideologisch motivierte Ehrungen und Preise wie „Berliner Unternehmerin des Jahres“, „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“ und Würdigungen der Gruppierung der sozialen Ökonomie sollten zugunsten eines neuen Preises für unternehmerische Innovation, an dem sich alle beteiligen könnten, entfallen.

Der Fonds Ökologischer Tourismus solle ebenfalls entfallen. Die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Senkung des Ressourcenverbrauchs seien vielfältig und benötigten das Instrument dieses neuen Fonds nicht. Die Zielgruppe von Hotels und Restaurants habe infolge der Coronalockdownpolitik ohnehin komplett andere Sorgen. Ein weiterer Haushaltsansatz ziele auf Personen mit Fluchthintergrund. Häufig fehle es an ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache, der Fähigkeit zu selbstständigen Behördengängen oder einer tragfähigen Geschäftsidee. Die Förderung von Existenzgründungen gehe an den Erfordernissen bei Geflüchteten vorbei und behindere potenziell eher eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. Er werfe die Frage auf, ob die vielen migrantischen Gründungen in den letzten 30 Jahren solche Programme gebraucht hätten. Wer sich wirtschaftlich durchsetzen wolle, habe dies auch früher in Eigenverantwortung geschafft. Es sei nicht Staatsaufgabe, jedem bei jedem Schritt die Hand zu führen.

Im Haushalt gebe es keine Position für Dinge, die Berlin weiterbrächten, z. B. das Innovations- und Technologiezentrum Industrie 4.0 unter Federführung der WISTA, für das eine 90-prozentige GRW-Förderung angestrebt werde. Seine Fraktion sehe hierfür einen Merkansatz vor. Der schwarz-rote Senat habe nicht die Kraft, die Staatsaufgaben auf die Kernaufgaben zurückzuführen. Dies betreffe auch die Koordinierungsstelle zur Dekolonialisierung Berlins, die einen ideologischen, gruppenbezogenen Ansatz verfolge, der sich nicht auf Vergangenheitsbewältigung beschränke, sondern von einer angeblichen Kolonisation bis heute ausgehe. Ausgaben für Gutachten zur dekolonialen Qualität des Berliner Bildungsprogramms für Kitas und Kindertagespflege seien – vor allem in diesem Einzelplan – sachfremd.

Die von seiner Fraktion beantragten Streichungen dienten dem Umsteuern zu einem besseren unternehmerischen Wirtschaften. Ein wesentlicher Teil sei die günstige, langfristige Energieversorgungssicherheit. Dazu gehöre die verstärkte Nutzung der CO_2-neutralen Kernenergie. Seine Fraktion wolle Bildungs- und Informationsmaßnahmen finanzieren, die sich der Energiepolitik offen näherten, um insbesondere Forschungsergebnisse und Argumente zu den positiven Aspekten der Kernenergie aufzuzeigen. Es solle ein Berliner Zentrum für angewandte Energieforschung errichtet werden, um Energieforschung zu fördern sowie Ausbildung, Beratung und Information auf allen Gebieten zu betreiben, die für die Energietechnik bedeutsam seien. Neben Nanomaterialien, Thermophysik und Energiespeichern solle das Zentrum einen Schwerpunkt bei der Kernenergie erhalten. Im Mittelpunkt stehe dabei die Energieforschung für die Reaktoren der vierten Generation. Zudem solle eine nationale Koordinierungsstelle für die Umsetzung der energiepolitischen Wende unter Nutzung der Kernenergie in Berlin errichtet werden, für die seine Fraktion eine Kofinanzierung durch den Bund anstrebe. Im Rahmen eines neuen Clusters Revitalisierung der Kernenergie in Deutschland sollten Studien zur Ermittlung von Chancen und Potenzialen bei der Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts Berlin im Bereich der Kernforschung sowie eine konkrete Standortplanung für einen neuen Forschungsreaktor BER III erfolgen.

Seine Fraktion denke Politik nachhaltig für mindestens eine Generation weiter und unterscheide sich damit insbesondere von der CDU, die nicht willens und in der Lage sei, eine grundsätzliche Politikwende weg von der ökosozialistischen Transformation einzuleiten, für die sie eigentlich gewählt worden sei; stattdessen übernehme sie den rot-grünen Haushalt und verschlimmere ihn mit dem Sonderschuldensenatspakt. Die Berliner Bürger und Steuerzahler wüssten nun, auf wen sie sich tatsächlich verlassen könnten.

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Kapitelübergreifende Fragen

Bericht Nr. 11 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt, welche Bezirke bei den Wirtschaftsflächenkonzepten noch fehlten und welche baurechtlichen Sicherungsmaßnahmen der Senat bei gemischten Bauflächen, auf denen Kleinunternehmen und Handwerksbetriebe in besonderem Maße zu finden seien, meine und wie er diese einsetzen wolle.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, bei den Gewerbeflächen habe man in den letzten Jahren massive Verdrängungen erlebt. Die Durchschnittsmiete liege im Gewerbebereich bei 29 Euro/m². SenWiEnBe wolle Verdrängungen verhindern und neue Flächen schaffen.

Heidrun Rhode-Mühlenhoff (SenWiEnBe) ergänzt, die baurechtliche Absicherung erfolge durch Erläuterungen im B-Plan. Nach ihrer Erinnerung seien vier Gewerbeflächenentwicklungskonzepte erstellt worden. In einem Bericht für den Hauptausschuss werde dies im Detail erläutert. SenWiEnBe sei mit den anderen Bezirken in regelmäßigen Gesprächen und beteilige sich an der Diskussion, wie die Konzepte ausgestaltet werden könnten.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 11 damit erledigt sei.

Bericht Nr. 19 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Julian Schwarze (GRÜNE) spricht an, dass für den Clubkataster bei SenKultGZ keine Gelder vorgesehen seien, hier aber auf diese verwiesen werde. Sei davon auszugehen, dass der Clubkataster nicht unterstützend weitergeführt, sondern im Kulturkataster untergebracht werden solle? Wie sei SenWiEnBe dort eingebunden?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) versichert, dass SenWiEnBe und SenKultGZ insbesondere zur Kreativ- und Kulturwirtschaft und zur Clubszene in ständigem Austausch stünden. Bei SenWiEnBe seien der Tag der Clubkultur und die Beratungsprogramme über das Musicboard verortet. Für das Thema Clubkataster und Gebührenerlass sei SenKultGZ zuständig; bei SenWiEnBe gebe es hier keine institutionelle Förderung. Wenn dies im Kulturetat nicht vorgesehen sei, sei dies im Wirtschaftsetat ebenfalls nicht finanziert, sodass dies, wenn gewünscht, im Hauptausschuss für den Kulturetat nachzubessern wäre.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 19 damit erledigt sei.

Bericht Nr. 23 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tuba Bozkurt (GRÜNE) greift auf, dass Berlin bei KI Vorreiterin sein wolle. Weshalb würden die bestehenden Strukturen, z. B. das K.I.E.Z., nicht genutzt und gefördert, sondern mit

recht überschaubaren Mitteln KI-Hubs geschaffen? Wenn die Mittel fragmentiert würden, werde womöglich die Unsichtbarkeit des Themas, aber nicht die Rolle als Vorreiterin erreicht.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) bekräftigt, dass KI bei allen Tech-Entwicklungen ein großer Schwerpunkt und ein Querschnittsthema sei. Die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg habe eine klare Ausrichtung. In der Clusterstrategie und den innovationspolitischen Schwerpunktsetzungen gebe es einen klaren Fokus auf KI. Sie verweise auf Deep Tech, die Start-up-Szene als Basis für KI-Entwicklung und entsprechende Fördermöglichkeiten. Am runden Tisch Start-up werde über diese Fragen gesprochen. In keinem anderen Bundesland würden Innovationen, KI und Start-ups in dieser Größenordnung gefördert. Sie verweise auch auf die Zukunftsorte und das neu beschlossene Förderprogramm Reallabore, die nur mit Einsatz von KI funktionierten. In der Gesundheitsbranche werde KI ebenfalls eingesetzt. Digitalwirtschaft, FinTech, Green Tech und Games seien die Wachstumsmotoren auch für das Messe- und Kongressgeschäft; dabei gehe es immer um KI.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) hält entgegen, dass viel getan werde, aber sehr fragmentiert. Es gebe dringenden Bedarf an einem kohärenten KI-Konzept, das nicht existiere. Dies werde Berlin auf lange Sicht auf die Füße fallen. Start-ups aus dem Bereich KI würden als risikobehafteter angesehen und erhielten deshalb weniger Kapital. Daher wäre es sinnvoll gewesen, die VC-Gelder nicht zu kürzen. Im Übrigen habe die Senatorin die Frage nicht beantwortet.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) unterstreicht, dass in Berlin sehr viel passiere. Dies in einer Hubstruktur als Dach zu bündeln, um harmonisiert vorzugehen, sei der richtige Weg. Dass es andere Strukturen gebe, sei gut, denn Konkurrenz sei wichtig, um Innovationen anzutreiben. Die Hubstruktur werde am Markt von allen sehr begrüßt.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 23 damit erledigt sei.

Bericht Nr. 24 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tuba Bozkurt (GRÜNE) spricht an, dass laut Bericht 300 000 Euro p. a. aus dem Resilienzprogramm für die Standortmarketingkampagne gamescapital.berlin verwendet werden sollten. Unklar sei, was das Resilienzprogramm sei, ob es sich auf das Sondervermögen beziehe und was Resilienz für den Gamesbereich bedeuten solle. Sie bitte um Erläuterung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, das Neustartprogramm solle zu einem Resilienzprogramm weiterentwickelt werden. Nachdem es gelungen sei, mit dem Neustartprogramm viele Branchen nach Corona wieder an den Start zu bringen, gehe es in der nächsten Phase um Stabilisierung und Krisenresilienz. Dies habe nichts mit dem Sondervermögen zu tun, vielmehr handele es sich um die Fortführung der Neustartmittel. Der Gamesstandort sei ein Wachstumsfaktor. Der runde Tisch Games werde fortgeführt. Die Games-Capital Berlin nach vorne zu bringen, sei eine Frage der Standortmarketings. Köln, München und Berlin seien die wichtigsten Gamesstandorte in Deutschland.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) bemerkt, es sei schwer zu verstehen, warum Resilienz das Schlagwort sei, um die Gamesbranche zu finanzieren. Die für die Gamesförderung aufgewendeten Mittel seien weltweit gesehen nicht berauschend. Deutschland und Berlin nähmen einen be-

scheidenen Platz im hinteren Mittelfeld ein. Daher sei die Frage, welche Rolle SenWiEnBe bei der Gamesförderung sehe, auch wenn es darum gehe, hier Strukturen zu schaffen. Bisher gebe es nur 300 000 Euro für eine Marketingkampagne, einen runden Tisch und einige Dinge bei der SKzl. Welche Strukturen sollten für Games geschaffen und gefestigt werden? Sie verweise auf TV und Film, wo bei der Förderung alles durchgestylt sei. Erstaunlich sei, dass über Marketingmaßnahmen nachgedacht werde, bevor eine Grundlage geschaffen sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf den Schwerpunkt Games bei SenWiEnBe, während das Thema Medien in der SKzl verortet sei. Dabei gebe es auch Schnittmengen, weil die neueren Inhalte der Film- und Medienbranche Elemente der Gamestechnologie einbezögen. Die Standortmarke Games-Capital Berlin solle mit Berlin Partner, SKzl und den Akteuren vorangebracht werden. Konkrete wirtschaftsfördernde Maßnahmen zielten darauf, die Branche hier anzusiedeln und Fördermittel bereitzustellen. Im Übrigen erfolge das Vorgehen im Rahmen der Games-Capital Berlin analog zur filmfreundlichen Stadt.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 24 damit erledigt sei.

Bericht Nr. 25 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christoph Wapler (GRÜNE) bittet darzustellen, wie der weitere Gang des Verfahrens bei den PMA sei und ob SenWiEnBe mit weiteren Kürzungen im Einzelplan 13 rechne.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, dass hier nichts dazu drin sei; dies werde in der Folge noch kommen.

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, ob es weitere Kürzungen geben werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, dass SenWiEnBe im Moment nicht von weiteren Kürzungen ausgehe, aber dazu würden noch Klärungen erfolgen. Diese Frage müsse am Ende der Finanzsenator entscheiden.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 25 damit erledigt sei.

Bericht Nr. 29 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Die Linke

Damiano Valgolio (LINKE) plädiert dafür, weitere Gewerbehöfe einzurichten. Der GSG-Verkauf unter Michael Müller mit Beteiligung der Linken sei ein Fehler gewesen. Dies spreche aber nicht dagegen, jetzt mehr Geld für weitere Gewerbehöfe in die Hand zu nehmen. Der Senat wolle zunächst das Pilotprojekt in Lichtenberg auswerten. Wann werde entschieden, ob es weitere Gewerbehöfe geben werde?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, dass möglichst Ende 2023 eine Entscheidung über weitere Projekte getroffen werden solle. Der Charakter eines Pilotprojekts sei, dass man ausprobiere, was gut funktioniere, und dann schaue, wie dies in weitere Projekte überführt werden könne. Lichtenberg sei der erste Schritt, man wolle noch mehr machen.

Damiano Valgolio (LINKE) stellt die Nachfrage, ob Ende 2023 über weitere Gewerbehöfe entschieden werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) erklärt, man wolle auf jeden Fall die Auswertung haben und sich die Potenzialstandorte ansehen. Ausweitung sei das Ziel.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) ergänzt, politisch geeintes Ziel sei, hier kommunale Strukturen zu schaffen. Dabei sei man gut unterwegs. Die WISTA sehe sich andere Grundstücke an und habe auch schon welche bewertet, Standorte seien aber noch nicht final geprüft, sodass er keine nennen könne. Manchmal klappe es aufgrund von Bodenbelastungen etc. nicht. Die Kapitalzuführungen an die WISTA führten nicht dazu, dass sie sofort einen Gewerbehof bauen könne. Vielmehr dienten diese dazu, weiteres Geld am Markt zu hebeln, um weitere Gewerbehöfe kreditfinanzieren zu können. Die zur Verfügung gestellten Mittel seien nach Rücksprache mit der WISTA erst einmal ausreichend, um die nächsten Strukturen schaffen zu können.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 29 damit erledigt sei.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Ansatz 2024: 2 468 000
Ansatz 2025: 2 632 000

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Die Linke

2024: - 93 000
2025: - 96 000

a) Begründung
Rücknahme der neuen Leitungsstabsstruktur in den Senatsverwaltungen

Änderungen im Stellenplan:
2024 und 2025 jeweils
- 1 Stelle B 2, - 1 Stelle A 14, + 1 Stelle A 15

Damiano Valgolio (LINKE) führt aus, in diesem Jahr seien bei allen Senatsverwaltungen zusätzliche Leitungspositionen geschaffen worden, was teuer, angesichts der Probleme im Haushalt und der sich anbahnenden Wirtschaftskrise nicht nachvollziehbar und den Menschen in Berlin nicht erklärbar sei. Die entsprechenden Mittel sollten besser verwendet werden.

Änderungsantrag Nr. 1 AfD-Fraktion

2024: - 94 000
2025: - 258 000

a) Begründung

Rücknahme des Stellenaufwuchses und Beibehaltung des bisherigen Stellenplans in Orientierung an Planansatz 2023, den besetzten Stellen sowie dem Mittelabflusses (Ist).

Frank-Christian Hansel (AfD) unterstreicht, dass seine Fraktion den Stellenaufwuchs ebenfalls für falsch halte und auch dem Änderungsantrag der Linken zustimmen werde.

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der Fraktion Die Linke ab.

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Personalüberhang –

Kein Änderungsantrag.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Titel 52610 – Gutachten –

Ansatz 2024: 85 000
Ansatz 2025: -

Änderungsantrag Nr. 2 AfD-Fraktion

2024: - 25 000
2025: +/- 0

a) Begründung

Der TA 2 (Gutachten zu den Potenzialen und der Stärkung der sozialen bzw. solidarischen Ökonomie im Land Berlin) entfällt.

Der bereits vorliegende Erkenntnisstand anhand von Gutachten und Berichten zum Thema Soziale Ökonomie ist ausreichend und weitere Gutachten nicht mehr erforderlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Ansatz 2024: 455 000
Ansatz 2025: 455 000

VE 2024: -
VE 2025: 120 000

Änderungsantrag Nr. 3 AfD-Fraktion

2024: - 200 000
2025: +/- 0

a) Begründung

Zu TA 2 (Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht):

Laut Antwort der Senatsverwaltung (Lfd. Nr. 55) soll der Bericht alle zwei Jahre erscheinen und erstmals im 4. Quartal 2024 veröffentlicht werden. Stattdessen wird der Bericht zunächst nur im Jahr 2024 veröffentlicht. Der Ansatz entfällt für das Jahr 2025.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2024: 12 966 000
Ansatz 2025: 12 547 000

VE 2024: 9 610 000
VE 2025: -

Änderungsantrag Nr. 4 AfD-Fraktion

2024: - 3 931 000
2025: - 4 082 000

Sperrvermerk: „Die Ausgaben bei TA Nr. 17 sind gesperrt, bis ein Standortkonzept vorliegt."

a) Begründung

TA bei Nr. 2, 9, 12, 13, 14, 16 entfällt.

Zu TA Nr. 2: Die Lotsenstelle für migrantische Gründer sowie der Wettbewerb „Vielfalt unternimmt" entfällt. Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden.

Zu TA Nr. 9: Eine Verstärkung der Staatswirtschaft ist in der Kreativwirtschaft nicht notwendig. Die vorhandenen Instrumente sind ausreichend und erfassen auch die Kreativwirtschaft. Demgegenüber ist die Schaffung immer weiterer vom Staat abhängiger und politisch beeinflusster Biotope, wie sie in Berlin bereits in großer Anzahl bestehen, als Mittel der Wirtschaftspolitik nicht zielführend.

Zu TA Nr. 12: Der Fonds „Ökologischer Tourismus" entfällt. Die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Senkung des Ressourcenverbrauchs sind vielfältig und benötigen das Instrument dieses neuen Fonds nicht. Die Zielgruppe

von Hotels und Restaurants hat infolge der Pandemie weiterhin andere Sorgen und muss dabei unabhängig von Klima-Einschränkungen unterstützt werden.

Zu TA Nr. 13 und Nr. 14: Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden. Entsprechende Fördermittel werden einem Chancenfonds zur Förderung von Gründungen im Rahmen eines Fonds zugeführt.

Zu TA Nr. 16: Das Land Berlin ist nicht für Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Die Entwicklungszusammenarbeit ist Aufgabe des Bundes und wird zukünftig wieder dem Bund als Bundesaufgabe zugeordnet.

Frank-Christian Hansel (AfD) erklärt, seine Fraktion sei dafür, Berlin Partner zu stärken, beantrage aber einen Sperrvermerk, bis das Standortkonzept vorliege.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Die Linke

2024: - 75 000
2025: - 75 000

a) Begründung
Streichung des House of Finance and Tech.

b) Anpassung der Tabelle
Streichung Nr. 25.: „House of Finance
and Tech Geschäftsbesorgung“ auf Seite 45

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: - 1 250 000
2025: - 1 350 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 2:
Anstieg des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft

Erklärung zu Teilansatz 17:
Gegenfinanzierung. Anpassung an Ansatzhöhe 2023.

Erklärung zu Teilansatz 20:

Lt. Senatsbericht wurden der Fashion Week die zusätzlichen Mittel bislang über den Titel für den Neustart der Kreativwirtschaft (Kapitel 1320, Titel 54010) finanziert, welcher 2023 endet. Ebenfalls lt. Senatsbericht wird der Titel jedoch nun unter Kapitel 1320 Titel 68307 TA 10 „Maßnahmen des Neustart-Programms“ weitergeführt.

Erklärung zu Teilansatz 25:
Unklare Zielsetzung und Rolle des Landes Berlin

b) *Änderung der Tabelle*

2. Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft

2024: + 275.000
2025: + 175.000

17. Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland
2024: - 450.000
2025: - 450.000

20. Berlin Fashion Week
2024: - 1.000.000
2025: - 1.000.000

25: House of Finance and Tech Geschäftsbesorgung
2024: - 75.000
2025: - 75.000

Tuba Bozkurt (GRÜNE) plädiert für eine Aufstockung von Teilansatz 2, weil migrantisches Unternehmertum in Berlin eine bedeutende Rolle habe. Ihre Fraktion sei gegen das House of Finance and Tech; damit sei auch die Geschäftsbesorgung überflüssig.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 1 (neu) Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

- 370 000
- 400 000

a) Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle

b) Kürzungen:

TA Nr. 17: Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland um 370.000€ in 2024 und 400.000€ in 2025.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, ob noch ein weiterer Standort geplant oder durch die Streichungen vom Tisch sei.

Christian Gräff (CDU) antwortet, SenWiEnBe solle die Möglichkeit haben, noch einen anderen Standort zu planen, zwei würden es voraussichtlich – auch aufgrund der zeitlichen Komponente – nicht werden, sodass der Aufwuchs nicht so groß wie angedacht ausfalle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zu.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Ansatz 2024: 1 505 000
Ansatz 2025: 1 640 000

VE 2024: 300 000
VE 2025: 396 000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Die Linke

2024: + 93 000
2025: + 96 000

a) Begründung

Finanzierung einer Konferenz zur Unterstützung der Betriebsräte bei ihrer gesetzlichen Aufgabe der Überwachung und Einhaltung des LkSG

b) Anpassung der Tabelle

Zu 9. (neu): „Konferenz zur Unterstützung von Betriebsräten bei der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“

Damiano Valgolio (LINKE) fordert, Geld für eine Konferenz einzustellen, die sich an Betriebsräte der Unternehmen richte, die nach dem LkSG verpflichtet seien, bei ihren Lieferanten zu prüfen, ob Waren und Dienstleistungen in Übereinstimmung mit den ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt worden seien, was ein sehr wichtiger Punkt sei.

Christoph Wapler (GRÜNE) unterstützt den Änderungsantrag. Wichtig sei, dass auch die Betriebsräte eine Rolle spielten und die Lieferkettenproblematik von der Beschäftigtenseite beleuchtet werde.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 300 000
2025: + 300 000

a) Begründung

Neuer TA Nr. 9: Berliner Jugendwirtschaftskonferenz:
2024: + 100.000
2025: + 100.000

Neuer TA Nr. 10: Louis-Lewandowski-Festival für jüdische synagogale Musik
2024: + 200.000
2025: + 200.000

zu neuer TA Nr. 9: Neben der Berliner Wirtschaftskonferenz soll jungen Menschen eine Möglichkeit gegeben werden, auf Basis der real bestehenden Berliner Wirtschaft gegenwärtige Herausforderungen zu besprechen und ökonomische Zukunftsfragen zu erörtern.

zu neuer TA Nr. 10: Das Festival ist ein mit der Berliner Wirtschaft initiierte berlinweite Veranstaltung, die bundesweit viele Besucher nach Berlin zieht.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, warum das Louis-Lewandowski-Festival im Wirtschafts- und nicht im Kulturetat veranschlagt werde.

Christian Gräff (CDU) antwortet, das Festival habe ursprünglich im Zusammenhang mit der möglichen Organisation eines verkaufsoffenen Sonntags gestanden und sich dann weiterentwickelt.

Christoph Wapler (GRÜNE) teilt mit, dass sich seine Fraktion im Hinblick auf die Jugendwirtschaftskonferenz, bei der unklar sei, was gemacht werden solle, enthalten werde, obwohl sie das Louis-Lewandowski-Festival nachdrücklich unterstütze.

Christian Gräff (CDU) betont, es sei wichtig, in einem neuen Format auch mit jungen Menschen über Existenzgründungen und die Rahmenbedingungen ins Gespräch zu kommen.

Frank-Christian Hansel (AfD) kündigt an, dass sich seine Fraktion ebenfalls enthalten werde, obwohl sie das jüdische synagogale Festival befürworte, jedoch gehöre das Thema Jugend und Wirtschaft in die Schulpläne, nicht in diesen Einzelplan, denn Wirtschaft müsse ein Schulfach werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD zu.

Titel 68101 – Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen –

Ansatz 2024: 1 000
Ansatz 2025: 1 000

Bericht Nr. 58 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 999 000
2025: + 999 000

a) Begründung
Erhöhter Handlungsbedarf

Tuba Bozkurt (GRÜNE) schildert, der Bericht verdeutliche den Wert der Unterstützung und die Bedeutung migrantischer Gründungen und Unternehmen. Trotzdem sei der Ansatz auf einen Merkposten reduziert worden, da SenWiEnBe andere Schwerpunkte setze. Ihre Fraktion

fordere, das Programm auf 1 Mio. Euro deutlich aufzustocken. Dabei gehe es nicht nur um Wertschätzung und eine vielfältige Stadt, vielmehr zahlten Gründer/-innen die Investitionen mehrfach an die Gemeinschaft zurück.

Franziska Giffey (SPD) macht geltend, dass es sich lediglich um eine Titelverschiebung an eine passendere Stelle im Haushalt handele, wo Gründungen von Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds gefördert würden. Es gehe hier nicht um eine Kürzung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 58 damit erledigt sei.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise –

Ansatz 2024: 30 000
Ansatz 2025: 70 000

Änderungsantrag Nr. 5 AfD-Fraktion

2024: +/- 0
2025: +/- 0

a) Begründung

Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden. Bisherige ideologisch motivierte Ehrungen und Preise wie „Berliner Unternehmerinnen des Jahres“, „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“ und „Würdigung der Gruppierungen der Sozialen Ökonomien“ entfallen zugunsten eines neuen Preises für unternehmerische Innovation.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

Ansatz 2024: 15 045 000
Ansatz 2025: 15 352 000

VE 2024: 15 352 000
VE 2025: 15 666 000

Bericht Nr. 59 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: - 1 000 000
2025: - 1 000 000
VE 2024: - 1 000 000
VE 2025: - 1 000 000

a) Begründung: Gegenfinanzierung

Christoph Wapler (GRÜNE) äußert, im Bericht werde der Aufwuchs mit Kostensteigerungen und Vorsorge begründet, was auch auf alle anderen Titel anwendbar wäre. Insofern sei die Begründung an dieser Stelle nicht nachvollziehbar. Ihn interessiere, weshalb die Koalitionsfraktionen ihren Änderungsantrag Nr. 3 mit der Tischvorlage zurückgezogen hätten.

Christian Gräff (CDU) erklärt, die Beschäftigten von Berlin Partner sollten Gehaltssteigerungen aufgrund der Inflation bekommen. Es gehe nicht um erweiterte Aufgaben. Wenn die Grünen für faire Löhne einträten, sollten Sie Ihren Änderungsantrag ebenfalls zurückziehen.

Christoph Wapler (GRÜNE) versichert, dass seine Fraktion für faire Löhne sei, aber glaube, dass die Arbeit bei Berlin Partner effizienter sein könnte und die Beschäftigten auch unabhängig von den Haushaltsansätzen gerecht und fair bezahlt würden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 59 damit erledigt sei.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ansatz 2024: 34 423 000
Ansatz 2025: 36 153 000

VE 2024: 12 240 000
VE 2025: 5 000 000

Änderungsantrag Nr. 6 AfD-Fraktion

2024: - 1 635 000
2025: - 1 385 000

a) Begründung
TA bei Nr. 2, 3, 4, 7, 8 entfällt. Neuer TA als neue Nr. 2

Der neue Titel setzt insgesamt die falschen Schwerpunkte. Die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft ist über zahlreiche Förderprogramme, nicht zuletzt des Bundes, abgedeckt. Die Gründerinnen-Förderung und Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte zielt ab auf eine Wirtschaftsförderung nach den Kriterien einer ideologisch getriebenen Identitätspolitik. Dieser sich durch den Einzelplan hindurchziehende gruppenbezogene Politikansatz ist nicht am Gemeinwohl orientiert und ein Irrweg. Die Wirtschaftsförderung soll zukünftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden. Die Mittel gehen in den neuen TA Nr. 2 über (Förderung von Gründungen im Rahmen eines Fonds – Chancenfonds).

b) Änderung der Tabelle
Nr. 2. (neu) Förderung von Gründungen im Rahmen eines Fonds - Chancenfonds
2024: + 4 500 000

2025: + 4 500 000

Frank-Christian Hansel (AfD) verweist auf seine Ausführungen in der Generalaussprache.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion Die Linke

2024: - 928 000
2025: - 2 908 000

a) Begründung
Streichung des House of Finance and Tech.

b) Anpassung der Tabelle
Streichung Nr. 9.: „House of Finance and Tech“ auf Seite 53

Damiano Valgolio (LINKE) führt aus, die Kürzung solle der Gegenfinanzierung an anderen Stellen dienen, z. B. der Konferenz für Betriebsräte zum LkSG. Bei dem Projekt House of Finance and Tech sei völlig unklar, ob die Privatwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten werde. Zudem wären die Banken und FinTech-Unternehmen finanziell durchaus in der Lage, das Projekt selbst zu stemmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: - 928 000
2025: - 2 658 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 2: Fortwährend steigender Unterstützungsbedarf zur Transformation der Berliner Wirtschaft.

Erklärung zu Teilansatz 9:
Gegenfinanzierung

b) Änderung der Tabelle
2. Unterstützung für die Transformation hin zur Nachhaltigen Wirtschaft
2024: +/- 0
2025: + 250.000

9. House of Finance and Tech
2024: - 928.000
2025: - 2.908.000

Christoph Wapler (GRÜNE) plädiert dafür, die Transformation hin zur nachhaltigen Wirtschaft 2025 stärker zu unterstützen. Zum House of Finance and Tech schließe er sich Herrn Abg. Valgolio an. Der Koalition sei selbst noch nicht klar, was dies eigentlich werden solle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 4 (neu) Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: - 2 525 000
2025: - 2 525 000

a) Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle

b) Kürzungen:

TA Nr.10: Maßnahmen des Neustart-Programms um jeweils in 2024 und 2025 um 2.525.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing –

Ansatz 2024: 27 400 000
Ansatz 2025: 28 155 000

VE 2024: 22 575 000
VE 2025: 15 000 000

Änderungsantrag Nr. 7 AfD-Fraktion

2024: - 5 500 000
2025: - 6 000 000

a) Begründung
TA bei Nr. 10 entfällt.

Zu TA 10: Der Fonds „Ökologischer Tourismus“ entfällt, da eine Unterstützung zur Senkung des Ressourcenverbrauchs von Hotels und Restaurants über zahlreiche Fördermaßnahmen zur Energieeffizienz bereits abgedeckt ist.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion Die Linke

2024: - 1 000 000
2025: - 1 000 000

a) Begründung

Beschränkung des Aufwuchses bei der Berlin Tourismus und Kongress GmbH auf zusätzliche 6 Millionen anstatt 7 Millionen pro Jahr.

b) Anpassung der Tabelle

Änderung der Nr. 2 „ Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK) (2023 9.120.000 €) 15.124.000 € (2024) 15.124.000 € (2025) auf Seite 54

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: +/- 0
2025: +/- 0

Qualifizierte Sperre:

„Die Mittel für den TA 10 in den Planjahren 2024 in Höhe von 5.500.000 € und 2025 in Höhe von 6.000.000 € sind gesperrt bis zur Vorlage eines detaillierten Konzeptes für die Umsetzung des Fonds „Ökologischer Tourismus“. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.“

a) Begründung

Erklärung zu Teilansatz 10: Fehlendes Konzept

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 5 (neu) Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: - 1 500 000
2025: - 3 000 000

a) Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle

b) Kürzungen:

TA Nr. 10: Ökologischer Tourismus" um 1.500.000€ in 2024 und 3.000.000€ in 2025

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Ansatz 2024: 6 576 000
Ansatz 2025: 6 666 000
VE 2024: 3 500 000
VE 2025: 3 500 000

Bericht Nr. 62 der Sammelvorlage
auf Antrag aller Fraktionen

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: +/- 0
2025: +/- 0

Qualifizierte Sperre:

In den Planjahren 2024 und 2025 sind die Mittel in Höhe von jeweils 2.500.000 € für TA 5 Kreativfestival gesperrt bis zur Vorlage eines detaillierten Konzeptes für die Konzessionsvergabe. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.

a) Begründung: Fehlendes Konzept

Julian Schwarze (GRÜNE) erklärt, der Bericht habe nicht alle Fragen beantwortet, wie dies genau aussehen solle und wer beteiligt werde. Daher sollten die Mittel bis zur Vorlage eines detaillierten Konzepts für die Konzessionsvergabe gesperrt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 62 damit erledigt sei. Der Änderungsantrag Nr. 6 der Koalitionsfraktionen sei zurückgezogen.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

Ansatz 2024: 6 803 000
Ansatz 2025: 6 867 000

VE 2024: 2 345 000
VE 2025: 4 238 000

Änderungsantrag Nr. 10 AfD-Fraktion

2024: - 4 888 000
2025: - 4 927 000

a) Begründung
TA bei Nr. 1, 3, 4, 7, 8, 14, 16, 17, 18 entfällt.

Entwicklungspolitik ist Aufgabe des Bundes. Der Aufbau einer landeseigenen Entwicklungspolitik widerspricht dem föderalen Prinzip der Bundesrepublik. Deutsche Entwicklungspolitik darf nicht durch zahllose Akteure nach dem Prinzip Gießkanne organisiert werden. Die Maßnahmen sind darüber hinaus nicht hinreichend evaluiert.

Zu TA 14: Die Koordinierungsstelle zur Dekolonisierung Berlins folgt einem gruppenbezogenen Ansatz, welche sich nicht auf Vergangenheitsbewältigung beschränkt,

sondern von einer angeblichen Kolonisation bis heute ausgeht und daher politisch zur Dekolonisierung aufruft; solche ideologischen Initiativen behindern potenziell eher die Integration von Zuwanderern. Für Maßnahmen wie die Erstellung von Gutachten zur dekolonialen Qualität des Berliner Bildungsprogramms für Kitas und Kindertagespflege ist die Ausgabe staatlicher Mittel sachfremd.

Frank-Christian Hansel (AfD) erklärt, dass seine Fraktion Entwicklungspolitik als Bundesaufgabe betrachte und das Land Berlin die Wirtschaft fördern solle, wozu die genannten Teilansätze nicht gehörten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 400 000
2025: + 400 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 1: Aufwuchs um mehr Projekte, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik zu fördern

Erklärung zu Teilansatz 15: Mittel können in dieser Höhe nicht abfließen.

Erklärung zu Teilansatz 16: Stärkung der Arbeit im Klimabündnis.

Erklärung zu Teilansatz 19 (neu): Neu zu entwickelndes Städtepartnerschaftsprogramm mit Partnerstädten im Gobalen Süden

b) Änderung der Tabelle:
1. Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik
2024: + 200.000
2025: + 200.000

15. Aktionsbündnis Fairer Handel
2024: - 300.000
2025: - 300.000

16: Klimabündnis
2024: + 100.000
2025: + 100.000

Ergänzung der Tabelle:
19. (neu) Entwicklungspolitisches Städtepartnerschaftsprogramm
2024: + 400.000
2025: + 400.000

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) betont, im Gegensatz zur AfD halte seine Fraktion die entwicklungspolitische Arbeit in Berlin für förderungsfähig und wolle hier Aufwüchse vornehmen, die sich teilweise mit den Ansätzen in den Koalitionsänderungsanträgen deckten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: - 250 000
2025: - 250 000

a) Begründung

Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle

b)Kürzung

bei TA Nr. 15: Aktionsbündnis Fairer Handel um jeweils 250.000€ in 2024 und 2025

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 250 000
2025: + 250 000

a) Begründung

Auch Startups brauchen Nachwuchs. Junge Menschen fürs Gründen und Unternehmertum zu begeistern, soll Ziel dieses Workshops sein. Ein Schwerpunkt soll dabei auf digitale Anwendungen und Geschäftsmodelle liegen.

b) Neuer TA Nr. 19 Internationaler Jugend Gründungs-Workshop

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 200 000
2025: + 400 000

a) Begründung

Neues Modellprojekt im Rahmen der Berliner Hauptstadt-Städte-Partnerschaften für nachhaltige entwicklungspolitisch motivierte beiderseitige Lernprogramme und drei Nord-Süd-Tandems zur Umsetzung der Partnerschaften in der Kommune. Zuwendung zur Finanzierung der Städtepartnerschaften.

b) Neuer TA Nr 19: Modellprojekt im Rahmen der Berliner Hauptstadt-Städte-Partnerschaften für nachhaltige entwicklungspolitisch motivierte beiderseitige Lernprogramme und drei Nord-Süd-Tandems zur Umsetzung der Partnerschaften in der Kommune.

Aufwuchs in neuem TA Nr 19 um 200.000€ in 2024 und 400.000€ in 2025

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 98 000
2025: + 97 000

a) Begründung

Mittel nicht auskömmlich

b) Aufwuchs bei TA Nr. 16: Klimabündnis um 98.000€ in 2024 und 97.000€ in 2025.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz 2024: 1 768 000
Ansatz 2025: 1 880 000

VE 2024: 790 000
VE 2025: 840 000

Änderungsantrag Nr. 8 AfD-Fraktion

2024: - 253 000
2025: - 253 000

a) Begründung

TA bei Nr. 5, 9 entfällt.

Die Förderung von Frauen sowie für Weiterbildungsprogramme für Frauen, die Führungspositionen anstreben, sowie zur Unterstützung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft, zielt ab auf eine Förderung nach den Kriterien einer ideologisch getriebenen Identitätspolitik. Dieser gruppenbezogene Politikansatz ist nicht am Gemeinwohl orientiert und ein Irrweg. Die Förderungen im Rahmen der Wirtschaftspolitik sollen zukünftig unabhängig von Geschlecht und ethnischer Herkunft ausgerichtet werden.

Zu TA Nr. 5: Der Ansatz zielt ab auf Personen mit Fluchthintergrund; die Zielgruppe sind Geflüchtete und Neuankommende aus Drittstaaten mit temporärem Aufenthaltsstatus. Häufig fehlt es an ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache, der Fähigkeit zu selbständigen Behördengängen oder einer tragfähigen Geschäftsidee. Die Förderung in Existenzgründungen geht an den Erfordernissen für Geflüchtete vorbei und behindert potentiell eher eine gelingende Integration über eine Integration in den Arbeitsmarkt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 50 000
2025: + 50 000

a) Begründung

Erklärung zu Teilansatz 6:

Vor dem Hintergrund allgemeiner Preissteigerungen und insbesondere gestiegener Preise für Tagungsimmobilien, ist dieser Ansatz zu erhöhen, um das bestehende Angebot im bisherigen Umfang zu erhalten und ggf. auszuweiten.

b) Änderung der Tabelle:
6. Zuwendungen an das Soziale Ökonomie Netzwerk
2024: + 50 000
2025: + 50 000

Christoph Wapler (GRÜNE) äußert, die Ansätze für das Soziale-Ökonomie-Netzwerk seien angesichts der Preissteigerungen und der vom Senat angekündigten Ausweitung des Angebots nicht auskömmlich und sollten erhöht werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 500 000
2025: + 500 000

a) Begründung

Schutz der Clubs und Schutz der Anwohner notwendig

b) Aufwuchs bei TA Nr. 11 Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Clubszene (Ansatz 2023: 250.000 €) um 500.000€ in 2024 und 500.000€ in 2025.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte –

Ansatz 2024: 4 100 000
Ansatz 2025: 4 100 000

Bericht Nr. 65 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: +/- 0
2025: +/- 0

Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„Hier werden auch Ausgaben zur Unterstützung queerer Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum für 2024 und 2025 in Höhe von 300.000 € pro Jahr sowie für das Wassertourismuskonzept geleistet.“ (Verbindliche Erläuterung)

Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„Jedem Bezirk werden für bezirkseigene Projekte sowie zur Unterstützung der Tourismusvereine und touristischen Arbeitsgemeinschaften der 12 Bezirke zu ihrer strukturellen Stärkung sowie sonstigen tourismuspolitischen Kiezinitiativen und Projekten im Sinne des Tourismuskonzeptes mindestens 200.000 € zur Verfügung gestellt.“ (Verbindliche Erläuterung)

a) Begründung

Mehr zur Sicherung der queeren Veranstaltung im öffentlichen Straßenraum sowie für Vorhaben der Bezirke und Festschreibung mit verbindlichen Erläuterung.

Änderungsantrag (neu) Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 400 000
2025: + 400 000

a) Begründung

verbindlich 400.000 Euro zur Erstellung und Umsetzung eines Wassertourismuskonzepts, um die Sicherung eines nachhaltigen und ökologisch verträglichen Wassertourismus voranzutreiben.

b) verbindliche Erläuterung: nach dem Satz „Hier werden auch Ausgaben zur Unterstützung (…) sowie für das Wassertourismuskonzept geleistet.“ Wird folgender Satz als verbindliche Erläuterung angefügt:

"Mindestens 400.000 Euro werden zur Erstellung und Umsetzung eines Wassertourismuskonzepts verwendet, um die Sicherung eines nachhaltigen und ökologisch verträglichen Wassertourismus voranzutreiben."

Julian Schwarze (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Stand des Wassertourismuskonzepts, das 2024 fertiggestellt werden solle. Laut Bericht laufe bereits eine Ausschreibung, Mittel in Höhe von 150 000 Euro würden als ausreichend bezeichnet. Im Hinblick auf die beantragten Aufwüchse interessiere ihn, wie SenWiEnBe diesen Punkt bewerte. Sollten weitere Konzepte erarbeitet werden?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bestätigt, dass die Ausschreibung laufe. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen beziehe sich auf die Umsetzung der Ausschreibung und die Umsetzung von Maßnahmen aus diesem Konzept. Insofern nehme SenWiEnBe diese Verbesserung gerne mit.

Dunja Wolff (SPD) unterstreicht, dass die Umsetzung ein entscheidender Faktor sei. Auch die Betroffenen sollten stark einbezogen sein. Insofern werde dies auch weitergehen müssen. Wassertourismus sei im Übrigen ein wesentlicher und in der Nachhaltigkeit besonderer Faktor. Es gehe um die Umstellung auf elektrobetriebene Fahrzeuge und um Ladestationen.

Julian Schwarze (GRÜNE) fragt nach dem Ergebnis des Konzepts, wenn bereits Geld für die Umsetzung der Maßnahmen bereitgestellt werden solle. Offenbar gebe es schon einen Plan, welche Maßnahmen wie viel kosteten. Dies sei dem Bericht nicht zu entnehmen gewesen. Um welche Maßnahmen handele es sich? Ladeinfrastruktur habe auch mit Liegeplätzen zu tun. Wie sei dort der Stand? In der Vergangenheit habe es große Probleme gegeben, dass Elektroschiffe, die nicht zu „Stern und Kreis“ und dem anderen großen Unternehmen gehörten, Anlegeplätze bekämen. Wie solle dieses Problem in dem Konzept gelöst werden? Bei dem Aufwuchs von 250 000 Euro solle es offenbar auch darum gehen, die Antriebe umzustellen. Sei dies in diesem Rahmen kostentechnisch überhaupt möglich?

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt, dass man Geld für eine Ausschreibung und auch erste Mittel für die Umsetzung brauche. Das Konzept solle bis zum Sommer 2024 mit Beteiligungsprozessen erarbeitet und könne deshalb heute nicht vorgestellt werden. Der Ausschuss werde im Sommer 2024 über die Ergebnisse informiert. Danach könne es in die Umsetzung gehen. Wenn der Haushaltsgesetzgeber proaktiv Mittel für die Umsetzung sichere, sei dies ein gutes Signal, insbesondere für die Bezirke mit Wassertourismus.

Julian Schwarze (GRÜNE) bemerkt, Wassertourismus könne unterschiedlich ausgeprägt sein. Es gehe auch darum, die Folgen und Konflikte zu steuern, z. B. bei den sog. Partybooten und die Nutzung durch Sportvereine. Würde Wassertourismus als zu fördernder Wachstumsmarkt begriffen, gäbe es vielleicht einen inhaltlichen Dissens. Ginge es darum, die verschiedenen Wasserflächennutzungen nachhaltig zusammenzubringen, hätte man keinen Dissens, wobei zwischen Innenstadtbereichen und der Region mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu unterscheiden sei. Dies könne er dem Bericht nicht entnehmen, sodass Transparenz hergestellt werden sollte.

Dunja Wolff (SPD) äußert, dass man bei den angesprochenen Themen wie Nachhaltigkeit nicht weit voneinander entfernt sei. Es gehe auch um Freizeitsport und einen sicheren Wasser-

tourismus. Man müsse die Menschen zusammenbringen und einen intensiven Austausch bewirken. Letztendlich solle vermieden werden, dass man nach der Erstellung des Konzepts nicht vorankomme, weil die Mittel fehlten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab und stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 65 damit erledigt sei.

Titel 68638 – Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit –

Ansatz 2024: 550 000
Ansatz 2025: 550 000

VE 2024: 250 000
VE 2025: 850 000

Änderungsantrag Nr. 11 AfD-Fraktion

2024: - 550 000
2025: - 550 000

a) Begründung

Zu TA Nr. 1: Die Förderung von Personen im Ausland mit Umsiedelungsinteresse unter Berücksichtigung von LGBTQI-Aspekten ist ideologisch motiviert und sachfremd.

Zu TA Nr. 2: Der Förderempfänger richtet das Stipendienprogramm dem Anschein nach inhaltlich zunehmend nach ideologischen Kriterien aus und achtet dabei – entgegen der Behauptung – nicht auf eine geschlechterparitätische Besetzung (im Jahr 2022 nur noch 25% männliche Teilnehmer). Die Fördermittel werden gestrichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Neu: Innovations- und Technologiezentrum Industrie 4.0 in Schöneweide

Ansatz 2024: -
Ansatz 2025: -

Änderungsantrag Nr. 14 AfD-Fraktion

2024: + 1 000
2025: + 1 000

a) Begründung

Merkansatz zur Vorbereitung der Umsetzung des ITZ 4.0 im Rahmen einer angestrebten GRW-Finanzierung.

Frank-Christian Hansel (AfD) plädiert dafür, für ein ITZ 4.0 zumindest einen Merkansatz vorzusehen, da es bisher nicht im Haushalt stehe, was bedauerlich sei, denn eine solche Institution würde Berlin wirklich weiterbringen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2024: 54 880 000
Ansatz 2025: 47 465 000

VE 2024: 1 630 000
VE 2025: 800 000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion Die Linke

2024: + 50 000
2025: + 50 000

a) Begründung

Mehr für einen neuen Teilansatz für die Erarbeitung eines Konzeptes zur Reintegration der BT in die BVG.

b) Anpassung der Tabelle
TA (neu) Konzept zur Integration der BerlinTransport (BT) in die BVG
2024: + 50 000
2025: + 50 000

Damiano Valgolio (LINKE) spricht sich dafür aus, die BT, die die sog. Billiglohntochter der BVG gewesen sei, in die BVG zu reintegrieren. Um dies zu organisieren, müsse man ein bisschen Geld in die Hand nehmen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: - 1 931 000
2025: - 2 362 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 6:
Programm soll in der Höhe der bisher ausgeschöpften Mittel fortgeführt werden

Erklärung zu Teilansatz 9:
Gegenfinanzierung

Erklärung zu Teilansatz 13:
Die Sanierungsbeteiligungsgesellschaft der IBB Capital GmbH (IBC) ist durch Zuführungen aus dem DHH 2022/2024 bereits mit 10 Mio € ausgestattet.

Erklärung zu Teilansatz 19:
Erweiterung des Beratungsprofils der KEK

b) Änderung der Tabelle:
6. Durchführungskosten für das Förderprogramms „GründungsBONUS“
2024: + 400 000
2025: + 400 000

9. Durchführungskosten für die Bearbeitung der Anträge der Soforthilfeprogramme
2024: - 2 231 000
2025: - 2 762 000

13. Durchführungskosten für das Berliner Turn-Around-Programm
2024: - 200 000
2025: - 100 000

19. Koordinierungsstelle für Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb (KEK)
2024: + 100 000
2025: + 100 000

Christoph Wapler (GRÜNE) fordert, die Koordinierungsstelle für Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb im Hinblick auf die Transformation der Wirtschaft zu stärken. Die Aufstockung um 100 000 Euro sei angesichts der kommenden Aufgaben der KEK sinnvoll.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 83103 – Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH –

Ansatz 2024: 25 000 000
Ansatz 2025: 25 000 000

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: +/- 0
2025: - 2 000 000

a) Begründung: Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, warum 2 Mio. Euro 2025 nicht mehr für erforderlich gehalten würden.

Christian Gräff (CDU) antwortet, es gehe hier um eine Eigenkapitalzuführung. Deshalb werde man mit der Messe Berlin sprechen, wann welche Infrastrukturmaßnahmen durch die

gehebelte Kreditaufnahme, zu welchen Konditionen und wann welche Kreditaufnahme möglich seien und ob im übernächsten Jahr eine Kapitalzuführung in der Höhe machbar sei. Erst wenn die Kreditaufnahme erfolgt sei, könne man sagen, welche Infrastrukturmaßnahmen vorgenommen werden müssten. Die Infrastruktur gehöre nicht der Messe Berlin, sondern dem Land Berlin. Da man nicht wisse, wie die Zinssituation 2025 sein werde, wollten die Koalitionsfraktionen etwas vorsichtiger herangehen.

Christoph Wapler (GRÜNE) erwidert, dass Herr Abg. Gräff eher gegen den Änderungsantrag gesprochen habe. Unklar bleibe, weshalb 2025 2 Mio. Euro weniger angesetzt würden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, der Masterplan für die Messe solle umgesetzt werden, was schon für 2021 vorgesehen, aber angesichts der Coronakrise nicht erfolgt sei, um eine massive Belastung der Messe durch nicht stattfindende Veranstaltungen abzuwenden. Für die Umsetzung des Masterplans erfolge eine Eigenkapitalzuführung, die für 2024 gesichert sei und für 2025 nunmehr mit einer leicht reduzierten Summe vorgenommen werde, mit der man gut arbeiten könne. Die Investitionen zur Umsetzung des Masterplans müssten getätigt werden können, auch um andere Investitionsmittel zu heben. Die Eigenkapitalzuführung solle dies über eine schuldenbremsenkonforme Transaktion und Transaktionskredite ermöglichen.

Frank-Christian Hansel (AfD) hält entgegen, dass viele Beteiligungsgesellschaften mit Nebenhaushalten existierten, bei denen die Zinsfrage ebenfalls greife, sodass die Begründung nicht überzeuge. Im Hinblick auf das geschwächte Messegeschäft und den Masterplan wäre es hilfreich, bei verbindlichen Zusagen zu bleiben, mit denen die Messe Berlin rechne.

Jörg Stroedter (SPD) erklärt, dass seine Fraktion gegen den Punkt Bedenken habe und sich eine größere Absenkung hätte vorstellen können, denn er glaube nicht, dass man Gelder in dieser Höhe 2024 und 2025 mit dem entsprechenden Hebel „auf die Platte“ bekomme. Die 2 Mio. Euro sollten ein Hinweis der SPD-Fraktion gemeinsam mit dem Koalitionspartner sein, mit dem man den Senat auffordere zu belegen, dass dies erforderlich sei. Zudem sei es im zweiten Jahr immer schwerer als im ersten, dies hinzubekommen. Man werde sehen, ob die Gelder in der Form benötigt würden, was aus seiner Sicht noch völlig offen sei.

Christoph Wapler (GRÜNE) versichert, dass der Bedarf da sei, denn auf dem Messegelände sei noch viel zu tun und energetische Ertüchtigung, hybride Formate und Solar seien noch gar nicht drin. Die Mittel reichten allein für den baulichen Unterhalt nicht aus. Eine Absenkung sollte ggf. dem Hauptausschuss überlassen werden und nicht im Fachausschuss erfolgen. Er rege an, dass die Koalitionsfraktionen den Änderungsantrag zurückzögen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, dass das Messegeschäft nicht schlecht sei; nach der Coronapandemie sei ein sehr erfolgreicher Neustart gelungen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

Ansatz 2024: 1 000
Ansatz 2025: 1 000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion Die Linke

2024: + 1 613 000
2025: + 3 593 000

a) Begründung
Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH zur Vorbereitung eines zweiten Gewerbehofs.

Damiano Valgolio (LINKE) plädiert für eine Kapitalzuführung an die WISTA für die Planung und Errichtung weiterer Gewerbehöfe, nachdem der Senat auf kapazitäre und finanzielle Engpässe hingewiesen habe. Es sei dringend geboten, weitere Gewerbehöfe so schnell wie möglich zu schaffen; man müsse sich um die kleinen Handwerksbetriebe kümmern, die auf Fachkräfte- und Flächenmangel verwiesen. Es reiche nicht, das Pilotprojekt in Lichtenberg abzuwarten, zumal unklar sei, wie lange die Auswertung dauern werde; möglicherweise werde in dieser Wahlperiode keine Entscheidung darüber getroffen. Ohne finanzielle Mittel sei es ausgeschlossen, weitere Gewerbehöfe zu schaffen. Natürlich könne auch privates Kapital hinzugezogen werden. Gleichwohl müsse das Land den ersten Schritt tun.

Christian Gräff (CDU) erklärt, dass er den Ansatz teile, auch angesichts bestehender Nutzungskonflikte weitere Gewerbehöfe zu errichten. Dennoch halte er es für falsch, dies bei der WISTA zu machen, denn es sei eigentlich nichts passiert, seit sie den Auftrag erhalten habe. Er sehe im Moment nicht, dass die WISTA dazu in der Lage sei. Die HOWOGE sei dabei, einen kommunalen Gewerbehof in Marzahn zu entwickeln. Er sei zuversichtlich, dass die Koalitionsfraktionen im Rahmen der Gesamtschau beim Thema Gewerbehöfe tätig würden.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) unterstreicht, dass zum Jahresende mit der WISTA entschieden werde, wie man mit den Potenzialen für weitere Gewerbehöfe umgehe. SenWiEnBe wolle weitere Gewerbehöfe und Potenziale dafür suchen. Insofern könne keine Rede davon sein, dass der Senat nicht bereit wäre, weitere Gewerbehöfe zu etablieren.

Damiano Valgolio (LINKE) greift auf, dass Herr Abg. Gräff keine weiteren Gewerbehöfe über die WISTA wolle. Wenn SenWiEnBe weitere Gewerbehöfe über die WISTA wolle, müsse auch das entsprechende Geld eingestellt werden, denn ohne Eigenmittel werde es nicht gehen. Deshalb beantrage seine Fraktion eine Kapitalzuführung an die WISTA. Werde die Entscheidung über weitere Gewerbehöfe in Berlin noch 2023 fallen?

Christian Gräff (CDU) betont, dass sich die Koalition für weitere Gewerbehöfe in Berlin einsetzen und dies finanzieren werde. Er habe lediglich die Frage aufgeworfen, ob dies bei der WISTA richtig angesiedelt sei, wenngleich die Wahrscheinlichkeit sehr groß sei, vielleicht auch mit anderen zusammen, um mehr als einen Standort zu bekommen. Der von der Linken beantragte Ansatz reichte bei Weitem nicht aus, um dies zu realisieren; dafür wäre ein zwei-

stelliger Millionenbetrag notwendig, der im Gesamthaushalt zu finanzieren sei. Die Gewerbehöfe würden kommen.

Frank-Christian Hansel (AfD) konstatiert, dass bei der Schaffung neuer Gewerbehöfe Einvernehmen aller Fraktionen bestehe, sodass er demnächst Ergebnisse erwarte, egal ob Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 83167 – Einrichtung eines Berliner Turn-Around-Programms (Sanierungsbeteiligungsgesellschaft) bei der IBB –

Ansatz 2024: 3 000 000
Ansatz 2025: 2 000 000

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: - 2 000 000
2025: - 1 000 000

a) Begründung

Die Sanierungsbeteiligungsgesellschaft der IBB Capital GmbH (IBC) ist durch Zuführungen aus dem DHH 2022/2024 bereits mit 10 Mio € ausgestattet.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 89233 – Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: GründungsBONUS –

Ansatz 2024: 1 226 000
Ansatz 2025: -

Bericht Nr. 85 der Sammelvorlage
auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 3 000 000
2025: + 4 226 000

a) Begründung

Programm soll in der Höhe der bisher ausgeschöpften Mittel fortgeführt werden.

Christoph Wapler (GRÜNE) fordert, das Programm in der bisherigen Höhe fortzuführen. Laut Bericht gebe es eine starke Nachfrage; die Mittel seien bisher ausgeschöpft worden. Die künftige Finanzierung durch SIWA sei unsicher, da die Kriterien noch nicht abschließend

geklärt seien. Ohne konkretes Nachfolgeprogramm müsse dieses Programm fortgeführt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Vorsitzender Jörg Stroedter hält fest, dass der Bericht Nr. 85 damit erledigt sei.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

Ansatz 2024: 138 000 000
Ansatz 2025: 140 000 000

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 5 100 000
2025: + 4 500 000

a) Begründung

Mehrbedarf für Saubere Stadt:

zu TA Nr.3:Erweiterung der Kieztage Sperrmüll

zu TA Nr.4: Ausweitung der BSR-Reinigung in Parks und Wald, weil in 2024 und 2025 höhere Bedarfe ausfinanziert werden müssen

zu neuer TA Nr.6: Graffiti kann Kunst sein, ist aber häufig nur eine Verschmutzung des öffentlichen Raums und verringert die dortige Aufenthaltsqualität für Besucher und Bürger. Eine zeitnahe Beseitigung, insbesondere an Bushaltestellen und stark frequentierten Orten, würde Aufenthaltsqualität und Wohlbefinden steigern.

zu neuer TA Nr.7: Überfüllte Müllbehälter im öffentlichen Raum tragen erheblich zum Eindruck einer ungepflegten Stadt bei. Andere kommunale Entsorger haben bereits Mülleimer, die digital erfasst ihren Füllstand zentral übermitteln und so rechtzeitig geleert werden können.

b) Aufwüchse:

TA Nr. 3: „Sonderreinigungen bzgl. der Aufwendungen für die Beseitigung von Verschmutzungen, die über das normale Maß hinausgehen und Kosten für die Beseitigung illegalen Mülls von öffentlichem Straßenland (Ansatz 2023: 8.500.000 €)“ um jeweils 500.000€ in 2024 und 2025.

Bei TA Nr. 3 werden im Text nach den Worten „von öffentlichem Straßenland“ die Worte „und Sperrmüllentsorgung durch Kieztage“ ergänzt.

TA Nr. 4: Kosten der Reinigung von Grün- und Erholungsanlagen sowie Waldflächen gem. §§ 1a und 7a StrReinG“ (Ansatz 2023: 17.700.000 €) um 3.100.000€ in 2024 und 2.500.000€ in 2025.

Neuer TA Nr. 6: Sonderprogramm Graffiti-Entfernung mit Aufwuchs von jeweils 1.000.000 € in 2024 und 2025

Neuer TA Nr. 7: Pilotprojekt Digitales Abfallentsorgungssystem mit Aufwuchs von jeweils 500.000€ in 2024 und 2025

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) kündigt an, dass sich seine Fraktion insgesamt enthalten werde, auch wenn sie für eine saubere Stadt sei und die Kieztage begrüße.

Frank-Christian Hansel (AfD) signalisiert Zustimmung. Seine Fraktion begrüße insbesondere das Sonderprogramm Graffiti-Entfernung.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG –

Ansatz 2024: 30 000 000
Ansatz 2025: 30 000 000

Änderungsantrag Nr. 14 (neu) Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: - 7 903 000
2025: - 13 922 000

a) Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle.

b) Kürzung im Titel gemessen am IST 2022 in 2024 um 7.903.000€ und in 2025 um 13.922.000€.

Jörg Stroedter (SPD) verweist auf die Begründung des Änderungsantrags in der Generalaussprache.

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, wie die erhöhten Kürzungsbeträge unterlegt seien und wie die BVG dazu stehe.

Sebastian Scheel (LINKE) wendet ein, dass Menschen mit Beeinträchtigungen vertragliche Zusicherungen erhalten und 2020 fast 38 Mio. Euro zu Buche geschlagen hätten. Seien die zuletzt niedrigeren Beträge auf das geringere Fahrgastaufkommen in den Coronajahren zurückzuführen gewesen? Stünden die gekürzten Beträge im Einklang mit den vertraglichen Verpflichtungen der BVG?

Christian Gräff (CDU) äußert, dass es unproblematisch sei, den Ansatz 2024 am Ist 2022 zu orientieren. Sollte die BVG für 2025 ein Problem sehen, würden SenFin oder die Koalitionsfraktionen dieses Problem in den weiteren Beratungen im Hauptausschuss lösen, denn man wolle nicht, dass die BVG unterfinanziert sei. Er glaube dies aber nicht.

Sebastian Scheel (LINKE) vertritt die Ansicht, dass die Corona-Ist-Zahlen zugrunde gelegt würden, wohl wissend, dass der Bedarf wahrscheinlich höher sei. Es sei unseriös, diese Zah-

len der Planung für die nächsten beiden Jahre zugrunde zu legen. Seine Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen.

Christian Gräff (CDU) verweist auf den Haushalt 2022/2023, den die vorige Koalition aufgestellt habe. Die Ansätze für 2023 und 2024 halte er für seriös. Sollte für 2025 ein Problem entstehen, werde dieses im Hauptausschuss gelöst.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –

Neuer Titel Energieforschung

Ansatz 2024: -
Ansatz 2025: -

Änderungsantrag Nr. 15 AfD-Fraktion

2024: + 2 000 000
2025: + 19 000 000

Sperrvermerk:
Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

a) Begründung
TA 1. Berliner Zentrum für Angewandte Energieforschung
2024: + 1 000 000
2025: + 17 000 000

2. Nationale Koordinierungsstelle für die energiepolitische Wende
2024: + 1 000 000
2025: + 2 000 000

Zu TA Nr. 1: Einrichtung eines Berliner Zentrums für Angewandte Energieforschung mit dem Ziel, Energieforschung zu fördern sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, Beratung, Information und Dokumentation auf allen Gebieten zu betreiben, die für die Energietechnik und die sich mit ihr befassten Wissenschaften bedeutsam sind. Neben Nanomaterialien, Thermophysik, Energiespeichern und energieeffizienten Prozessen soll das Zentrum einen Schwerpunkt auf die Kernenergie erhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Energieforschung für den Bereich der Reaktoren der IV. Generation. Im Bereich der Kernfusion ist eine Kooperation mit dem südfranzösischen Kernforschungszentrum ITER denkbar. Darüber hinaus ist eine Kooperation mit den Berliner Universitäten und dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie anzustreben. Neben einer Einbindung von BESSY II und BESSY III soll der Forschungs-standort Berlin im Bereich der Kernforschung von dem Neubau eines Forschungsreaktors BER III profitieren.

Zu TA Nr. 1: Die Senatsverwaltung legt zeitnah ein Konzept zur Förderung der Kernforschung und der Einrichtung eines Berliner Zentrums für Angewandte Energieforschung nach dem organisatorischen Vorbild des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie vor.

Zu TA Nr. 2: Schaffung einer Nationalen Koordinierungsstelle für die Umsetzung der energiepolitischen Wende unter Nutzung der Kernenergie in der Hauptstadt. Es wird eine Ko-Finanzierung durch den Bund angestrebt.

Frank-Christian Hansel (AfD) bemerkt, dass auch die Bundes-CDU für die Revitalisierung der Kernkraft in Deutschland sei. Es stünde Berlin gut zu Gesicht, dieses Thema hier zu konzentrieren und eine Nationale Koordinierungsstelle für die energiepolitische Wende zu installieren. Seine Fraktion repräsentiere damit den Teil der Bevölkerung, der dies ebenso sehe. Es werde sich zeigen, dass man den Ausstieg aus dem Ausstieg schaffen und Energie wieder neu denken müsse. Dazu brauche man die Wissenschaft und kompetente Menschen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Titel 52610 – Gutachten –

Ansatz 2024: 270 000
Ansatz 2025: 270 000

VE 2024: 160 000
VE 2025: 160 000

Änderungsantrag Nr. 9 AfD-Fraktion

2024: + 150 000
2025: + 150 000

a) Begründung

TA Nr. 2 entfällt.

TA 2. (neu) Machbarkeitsstudie zur Realisierung eines neuen Forschungsreaktors in Berlin

2024: 270 000

2025: 270 000

Zu TA Nr. 2: Durch eine verstärkte Nutzung der CO_2-neutralen Kernenergie kann der Flächenverbrauch für Energiewende-Infrastruktur bedeutend reduziert werden. Die Notwendigkeit einer Studie zur Flächen-Identifikation entfällt.

Zu TA Nr. 2 (neu): Im Rahmen eines neu zu gründenden Clusters „Revitalisierung der Kernenergie in Deutschland“ dient die Studie der Ermittlung von Chancen und Potenzialen zur Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts Berlin im Bereich der

Kernforschung sowie der konkreten Standortplanung für einen neuen Forschungsreaktor BER III.

Frank-Christian Hansel (AfD) fordert, ein Cluster „Revitalisierung der Kernenergie in Deutschland“ in Berlin zu gründen, um zu sehen, was man in Verbindung mit Universitäten und Instituten mittel- und langfristig erreichen könne. Studien für Windenergie brauche man dann nicht.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Ansatz 2024: 560 000
Ansatz 2025: 560 000

VE 2024: 510 000
VE 2025: 510 000

Änderungsantrag Nr. 13 AfD-Fraktion

2024: + 440 000
2025: + 440 000

a) Begründung

TA 1. Informationen zur Energiepolitik entfällt

TA 1. (neu) Bildungs- und Informationsarbeit für die energiepolitische Wende

2024: + 500 000
2025: + 500 000

Zu TA Nr. 1 (neu): Die Klimaschutzdebatte wird einseitig geführt und hat sich vielfach von den Fakten entfremdet. Eine ideologische Energiepolitik wirkt sich dramatisch auf die Wirtschaftsentwicklung und Wohlstandssicherung, auf die Energiesicherheit und Bezahlbarkeit von Energie aus. Aus dem Ansatz werden daher Bildungs- und Informationsmaßnahmen finanziert, die sich der Energiepolitik technologieoffen nähern, um insbesondere Forschungsergebnisse und Argumente zu den positiven Aspekten der Kernenergie sowie deren Auswirkung auf die CO2-Bilanz und die Erreichung von Klimazielen zu vermitteln.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion Die Linke

2024: + 40 000
2025: + 40 000

a) Begründung

Mehr für intensivierte Information aufgrund der Anforderungen nach der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes.

b) Anpassung der Tabelle

TA 1 Informationen zur Energiepolitik

2024: 100 000
2025: 100 000

Sebastian Scheel (LINKE) plädiert für eine Aufstockung, um das große Informationsbedürfnis der Bürger/-innen zu befriedigen und zur Sachaufklärung beizutragen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2024: 17 133 000
Ansatz 2025: 18 387 000

VE 2024: 21 100 000
VE 2025: 6 000 000

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion Die Linke

2024: + 150 000
2025: + 150 000

a) Begründung

Mehr für einen neuen Teilansatz zur Schaffung einer Beratungsstelle zur fachlichen Unterstützung der bezirklichen und gemeinnützigen Mieterberatungen und Mieterinnen und Mieter für Fälle energetischer Modernisierungen.

b) Anpassung der Tabelle

TA (neu): Beratungsstelle energetische Modernisierungen für Mieterberatungen sowie Mieterinnen und Mieter

2024: 150 000
2025: 150 000

Sebastian Scheel (LINKE) führt aus, dass die Mieterberatungsstellen bei der energetischen Sanierung von Objekten meist überfordert seien, sodass ihnen eine Beratungsstelle mit fachlicher Expertise zu Sanierungsvorhaben der Vermieter zur Seite gestellt werden sollte.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 150 000
2025: + 185 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 10:
Umsetzung der Clearingstelle „Energetische Modernisierung“

Erklärung zu Teilansatz 35:
Beauftragung der Untersuchung der Möglichkeiten zur Internalisierung von Klimakosten bei Förderprojekten

b) Änderung der Tabelle:
10. Clearingstelle „Energetische Modernisierung“
2024: + 150 000
2025: + 150 000

35. Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Initialisierung der Klimakosten (Studie)
2024 +/- 0
2025: + 35 000

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fordert, die Clearingstelle „Energetische Modernisierung“, die noch nicht umgesetzt worden sei, erneut in den Haushalt aufzunehmen. Zudem bestehe weiterhin die Notwendigkeit, eine Studie „Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Initialisierung der Klimakosten“ durchzuführen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: - 1 100 000
2025: - 1 150 000

a) Begründung: Gegenfinanzierung für Aufwuchs an anderer Stelle

b) Kürzungen in 2024:
TA Nr. 12: GBV WELMO um 100.000 €,
TA Nr. 17: Energiewendekompetenz um 200.000 €,
TA Nr. 21: GBV Digitalprämie Berlin um 100.000 €,
TA Nr. 42: Data HUB (Digitaler Zwilling) um 700.000 €

Kürzung in 2025:
TA Nr. 42: Data HUB (Digitaler Zwilling) um 1.150.000 €

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 400 000
2025: + 400 000

a) Begründung

Finanzierung des Bedarfs an Elektromobilität in Berlin

b) Aufwuchs in TA Nr. 34. Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Ladeinfrastruktur (Ansatz 2023: 400.000 €) in 2024 und 2025 um jeweils 400.000€.

Die Sätze zu Nr. 34: „Das Programm wurde 2023 ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert“ werden gestrichen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

Ansatz 2024: -
Ansatz 2025: -

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 1 400 000
2025: + 1 400 000

a) Begründung

Finanzierung des Bedarfs an Elektromobilität in Berlin

b) In den Erläuterungen wird der Satz „Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert“ gestrichen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ansatz 2024: 16 450 000
Ansatz 2025: 20 300 000

VE 2024: 15 100 000
VE 2025: 8 100 000

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 2 000 000
2025: + 2 000 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 4:
Stärkung der Digitalisierung von KMU

b) Änderung der Tabelle:
4. Förderprogramm Digitalprämie Berlin
2024: + 2 000 000
2025: + 2 000 000

Tuba Bozkurt (GRÜNE) führt aus, die Digitalprämie sei ein Rettungsanker während der Coronapandemie gewesen und habe sich als unverzichtbare Brücke ins digitale Zeitalter dargestellt, insbesondere für KMU und KKU, die angesichts der neueren Entwicklungen – Industrie 4.0, datengetriebenes Produzieren und datengetriebene Geschäftsmodelle, 3-D-Druck, IT-Sicherheit, Schnittstellenfragen – mit mehr Herausforderungen konfrontiert seien. Daher sei es essenziell, die Förderung fortzusetzen und in den nächsten Jahren aufzustocken. Was die Koalition bislang dargestellt habe, sei nicht auskömmlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 18 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 2 000 000
2025: + 2 000 000

a) Begründung

Finanzierung des Bedarfs an Elektromobilität in Berlin

b) Aufwuchs in TA Nr. 7 Förderprogramm Ladeinfrastruktur (Ansatz 2023: 2.000.000 €) um jeweils 2.000.000€ in 2024 und 2025

In den Erläuterungen zu Nr. 7 Förderprogramm Ladeinfrastruktur (Ansatz 2023: 2.000.000 €) wird der Satz „Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert“ gestrichen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz 2024: 1 990 000
Ansatz 2025: 1 990 000
VE 2024: 1 100 000
VE 2025: 1 600 000

Änderungsantrag Nr. 12 AfD-Fraktion

2024: - 200 000
2025: - 200 000

a) Begründung
TA bei Nr. 6 entfällt.

Weitergehende Maßnahmen über den TA Nr. 2 (Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin) sind zum Zwecke von Demonstrationsmaßnahmen aus dem Bereich der Gebäudeeffizienz nicht erforderlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion Die Linke

2024: + 150 000
2025: + 150 000

a) Begründung
Mehr für erhöhten Beratungsbedarf in Umsetzung der Solarpflicht und für Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie in Berlin

b) Anpassung der Tabelle
TA 1:
2024: 1 140 000
2025: 1 140 000

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2024: + 510 000
2025: + 510 000

a) Begründung
Erklärung zu Teilansatz 1:
Stärkung des Solarzentrums wegen steigender Nachfrage

b) Änderung der Tabelle:
1. Solarzentrum
2024: + 510 000
2025: + 510 000

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) kritisiert, dass die Koalition trotz des Aufwuchses bei der Solarförderung keine Erhöhung beim SolarZentrum vornehmen wolle. Das SolarZentrum sei als unabhängiger Anlaufpunkt für die Berliner/-innen ein wichtiger Meilenstein. Die Möglichkeiten und Beratungsangebote des SolarZentrums müssten deutlich ausgeweitet werden.

Christian Gräff (CDU) erwidert, dass es viele kompetente Institutionen gebe und die Beratung nicht immer durch eine staatliche Stelle erfolgen müsse.

Jörg Stroedter (SPD) wirft ein, dass die Unterstützung des Solarausbaus für 2025 auf null gestanden habe und die Koalitionsfraktionen den Titel nun vernünftig ausstatten würden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erhält entgegen, dass sich die Leute bei unabhängigen staatlichen Beratungsstellen wohler fühlten, weil dort kein Geschäftsmodell dahinterstehe. Der Zulauf in den letzten Jahren zeige, dass das SolarZentrum gut angenommen werde. Angesichts der Förderung werde sich der Zulauf weiter verstärken.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 69806 – Innovationsförderung –

Ansatz 2024: 45 516 000
Ansatz 2025: 43 206 000

VE 2024: 45 033 000
VE 2025: 29 000 000

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: + 3 000 000
2025: + 3 000 000

a) Begründung

Die Absenkung von 2023 auf 2024 und 2025 werden teilweise zurückgenommen und die Maßnahmen verstetigt.

b) Aufwuchs in TA Nr. 18 Kofinanzierungsmittel für Maßnahmen im Zukunftsfeld Wasserstoff (Ansatz 2023:12.000.000 €) (bisher: Projekt H2@Marzahn) von jeweils 1.750.000 € in 2024 und 2025

Aufwuchs in TA Nr. 19 Reallabor Autonomes Fahren im „Nord-West-Raum“ um jeweils 1.250.000 € in 2024 und 2025.

In den Erläuterungen zu Nr. 18 und 19 wird der Satz „Die bisherigen Maßnahmen laufen aus und werden mit einem neuen Programm in das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation aufgenommen“ gestrichen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus –

Ansatz 2024: 18 500 000
Ansatz 2025: -

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2024: +/- 0
2025: + 10 000 000

a) Begründung

Eine Solarförderung in Berlin muss auch in 2025 weiter stattfinden.

b) In den Erläuterungen wird der Satz „Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert“ gestrichen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) begrüßt, dass die Koalitionsfraktionen den Fehler der SenWiEnBe, den Ansatz 2025 auf null zu setzen, korrigierten. Dennoch falle die Förderung von 2024 auf 2025 deutlich ab. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag erst einmal zustimmen und im Hauptausschuss versuchen, das Herunterfahren der Förderung zu korrigieren.

Jörg Stroedter (SPD) macht geltend, dass ein neues Programm nach dem Vorbild Thüringens aufgelegt werden solle, mit dem auch die Anlagen gefördert werden sollten. Dieses neue Programm würde dann gut in das Sondervermögen passen. Er gehe davon aus, dass man damit 2025 einen insgesamt höheren Wert als 2024 erreichen werde.

Sebastian Scheel (LINKE) betont, es müsse vermieden werden, dass man durch eventuelle Probleme im Gesetzgebungsverfahren am Ende keine Förderung habe. Die genaue Ausgestaltung sei noch unklar. Insofern sei ein abruptes Absinken der Förderung 2025 zu befürchten. Der vom Senat geplante Anstieg des Zubaus von Solaranlagen in den nächsten Jahren wäre schon bei einer Fortsetzung des Status quo nicht erreichbar. Dementsprechend sei im Haushalt nicht ersichtlich, wie die Ziele zu Solarcity erreicht werden könnten.

Christian Gräff (CDU) erwidert, dass bei der Umsetzung des Masterplans Solarcity in den letzten Jahren nicht viel passiert sei. Mit Ausnahme der AfD seien sich alle Fraktionen einig, dass Berlin ein riesiges Potenzial habe. Er gehe davon aus, dass der Bund weiterhin seinen Anteil für den Ausbau leisten werde. Der Ansatz sei mit der Einbeziehung anderer Bevölkerungsgruppen erweitert worden. An der Errichtung des Sondervermögens habe er keinen Zweifel. Die Koalitionsfraktionen wollten das bestehende Programm als Regelförderung im Haushalt fortsetzen und neue innovative Programme mit ganz anderen Volumina im Sondervermögen auflegen.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist darauf, dass der Solarausbau 2023 massiv angestiegen sei. Mit der Fertigstellung von 50 000 m² bei der Messe sei Ende nächsten Jahres zu rechnen. Damit wäre die Zielmarke erreicht, bei der man aber nicht bleiben wolle. 3,5 Prozent der Stromerzeugung erfolgten mit Solaranlagen. 2035 sollten dies 25 Prozent sein, sodass man einen Anstieg von 2 Prozent pro Jahr benötige. Klar sei, dass ein

Sondervermögen Klimaschutz auch die erneuerbaren Energien adressieren und neue Programme für die Solarförderung enthalten werde. Solarförderung müsse in einem größeren Rahmen erfolgen, als dies im Haushalt möglich sei. Wenn eine Fortführung im Haushalt nun ermöglicht werde, begrüße sie dies, man brauche aber auch das Sondervermögen.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt klar, dass seine Fraktion nicht gegen Solarenergie an sich sei. Auch bei der Messe seien Solaranlagen in Ordnung. Solarenergie sei jedoch nicht grundlastfähig. Deutschland brauche aber als Hochindustrieland grundlastfähige Energien. Mit Wind- und Solarenergie allein könne man Deutschland nicht zukunftsfähig halten.

Sebastian Scheel (LINKE) erklärt, das Grunddilemma bleibe bestehen, dass Dinge im Rahmen eines Gesetzes kommen sollten, deren Kriterien und Maßnahmen unklar seien. Offensichtlich habe SenWiEnBe die Solarförderung 2025 komplett aus dem Sondervermögen finanzieren wollen. Offenbar sei in der Zwischenzeit irgendetwas passiert, was die Koalitionsfraktionen dazu veranlasse, den Ansatz 2025 nicht auf null zu setzen, ohne ihren Entscheidungsweg transparent zu machen, sodass der Vorgang schwer zu bewerten sei. Um das 25-Prozent-Ziel zu erreichen, brauche man großflächigen Zubau.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) knüpft an, dass neueste Berechnungen davon ausgingen, dass man mindestens 35 Prozent schaffen könne. Sollten Solarförderprojekte im Rahmen des Sondervermögens kommen, werde sich seine Fraktion nicht dagegen aussprechen. Fakt sei aber, dass der Gesetzentwurf nicht durch das Abghs sei und das Gutachten zur Rechtmäßigkeit des Sondervermögens noch nicht vorliege. Daher sei es die Pflicht des Haushaltsgesetzgebers, die wichtigen Punkte im Haushalt abzusichern. Die Korrektur des Fehlers sei zu begrüßen, wenngleich der Ansatz im Hauptausschuss noch erhöht werden sollte.

Jörg Stroedter (SPD) teilt mit, dass seine Fraktion mit dem Haushaltsentwurf – bezogen auf die Energiethemen – nicht zufrieden gewesen sei, weil sie ihn rechtlich für problematisch halte. Deshalb sei der Entwurf nun korrigiert worden. Alle Hinweise, dass Dinge in das Sondervermögen übernommen würden, seien gestrichen worden, weil dies die Gefahr rechtlicher Bedenken böte. Bei der Solarförderung werde das bestehende Programm im Haushalt fortgeführt. Zudem werde ein anderes Programm nach dem Vorbild Thüringens aufgelegt. Der Senat werde hier liefern, und dann werde das Abghs auch über das Sondervermögen beschließen. Seine Fraktion wolle die Energiewende mit dem Sondervermögen unterstützen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –
Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Kein Änderungsantrag.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte der Sammelvorlage – Vorgangsnummer 0154-01 – zur Kenntnis und beschließt, dem Hauptausschuss die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 betr. Einzelplan 13 und Einzelplan 27 Kapitel 2713 mit den zuvor beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.